

Bundeskanzler Helmut Kohl:

1990 wird das Jahr der deutschen Einheit sein

„Wir sind unserem großen Ziel der Einheit Deutschlands und einer Einigung Europas näher als jemals zuvor. Und wir wissen jetzt: 1990 wird das Jahr der deutschen Einheit sein.“ Mit diesen Worten eröffnete der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, seinen Bericht zur politischen Lage vor dem Bundesausschuß in Bonn.

Unter den rund 140 Delegierten des „Kleinen Parteitags“ waren zum ersten Mal auch die Präsidiumsmitglieder der CDU in der DDR, an ihrer Spitze Ministerpräsident Lothar de Maizière. Als Gäste nahmen sie allerdings zum letzten Mal teil, denn der Bundesausschuß beauftragte den Parteivorstand, zusammen mit der CDU der DDR die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß am 1. und 2. Oktober 1990 in Hamburg ein gemeinsamer Parteitag der beiden CDU-Parteien stattfinden kann (Seite 32).

Gleichzeitig billigte der Bundesausschuß eine deutschlandpolitische Resolution, die den Staatsvertrag als einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur deutschen Einheit würdigt und die dauerhafte Aussöhnung und Freundschaft mit Polen als das gemeinsame Ziel der CDU sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in der DDR bezeichnet (Seite 28). Eine gemeinsame Kommission der beiden CDU-Parteien soll sich nach dem Willen des Bundesausschusses mit den Fragen der Familienpolitik, der Frauenpolitik sowie des umfassenden Schutzes ungeborener Kinder in einem künftig geeinten Deutschland befassen (Seite 32).

Bundesausschuß

der CDU

am 18. Juni

in Bonn

● **Helmut Kohl:**
1990 wird auch das Jahr der Einheit für die Christlich Demokratische Union in Deutschland. Seite 3

● **Lothar de Maizière:**
Wir bereiten das Zusammenwachsen der beiden CDU-Parteien vor. Seite 16

● **Volker Rühle:**
Gegen die Angstkampagne der SPD eine Kampagne der Argumente setzen. Seite 20

● **Alfred Dregger:**
Bei allen Entscheidungen hat die SPD den falschen Kurs gesteuert. Seite 25

● **Beschluß**
„In einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland.“ Deutschlandpolitische Resolution. Seite 28



Der falsche Mann zur falschen Zeit

Oskar Lafontaine wird den Sozialdemokraten zur Last

Ungereimtheiten, wohin man blickt. In dem Ratschlag, den der Kanzlerkandidat seiner Partei gibt, rutschen sie ab in pure Unredlichkeit: Im Bundestag soll die SPD gegen den Staatsvertrag stimmen, im Bundesrat jedoch ihn passieren lassen. Damit hat Lafontaine sein Konto bei den eigenen Genossen wohl überzogen. „Ein ganz

Siehe auch Flugblatt Seite 37

schlauer Bauer“ — so nannte ihn einst Hans Apel. Jetzt ist er über seine Schlaubergerei gestolpert.

In der Bundestagsfraktion zumindest zitieren neuerdings viele die Sätze, die Apel vor zwei Jahren in einem ganz anderen Zusammenhang sprach, nachzulesen in seinem Memoirenband „Der Abstieg“: „Nun muß Schluß sein mit der Rücksicht-

nahme auf Lafontaine. Der reitet sich und uns immer tiefer in den Sumpf.“

Der Mann, den Willy Brandt einmal „eine gelungene Mischung aus Napoleon und Mussolini“ nannte, hat die deutsche Sozialdemokratie gespalten.

Lafontaine haßt den Rechtfertigungszwang in der Politik. Er möchte am liebsten führen, ohne überzeugen zu müssen: Spielernatur, teils Machtmensch, zuweilen ideologisch bis zur Verbohrtheit, zuweilen pragmatisch bis zum Opportunismus — so macht er in rastloser Hektik Politik.

Lafontaine wäre wohl schon in normalen Zeiten der falsche Kanzlerkandidat. Heute aber sind die Zeiten nicht normal. Lafontaine ist mit einem Mal der falsche Mann zur falschen Zeit.

Theo Sommer, Die Zeit, 1. Juni 1990

Bundeskanzler Helmut Kohl:

1990 wird auch das Jahr der Einheit für die CDU in Deutschland

Dies ist eine historische Stunde für die Deutschen und auch für die Europäer. Der Umbruch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa und die friedliche Revolution in der DDR haben unsere Welt in kurzer Zeit verändert. Als wir auf dem letzten Bundesparteitag im September vergangenen Jahres in Bremen über mögliche Themen für diese Bundesausschußsitzung gesprochen haben, da konnte niemand ahnen, mit welcher Dramatik sich die Veränderungen vollziehen würden.

Wir sind unserem großen Ziel — der Einheit Deutschlands und Europas — näher als jemals zuvor. Und wir wissen jetzt: 1990 wird das Jahr der deutschen Einheit. Alle Demokraten in Deutschland, alle demokratischen Parteien — in der DDR wie bei uns — tragen jetzt eine große Verantwortung.

Liebe Freunde, wer unsere Geschichte kennt, wer die Werteordnung kennt, die unsere Arbeit bestimmt, der weiß, daß wir als CDU in einer besonderen Weise gefordert sind. Denn wir haben uns immer als die Partei der deutschen Einheit verstanden, aber auch immer als die deutsche Europapartei. Wir wollen jetzt — zehn Jahre vor dem Ende die-

ses Jahrhunderts — nicht zurückfallen in das Denken des 19. Jahrhunderts. Wir wollen offene Grenzen, wir wollen aufbrechen in eine Zukunft des Miteinanders in Europa.

Am 31. Dezember 1992 wird der große einheitliche Binnenmarkt der Europäischen Gemeinschaft vollendet, der dann — einschließlich unserer Landsleute in der DDR — 336

Rede des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, vor dem Bundesausschuß der CDU Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, am 18. Juni 1990

Millionen Menschen umfassen wird. Gemessen an der Wirtschaftskraft wird dies dann der größte Markt der Welt sein. Wir werden in wenigen Tagen in Dublin auf dem EG-Gipfel über die Einsetzung einer Regierungskommission für die Währungs- und Wirtschaftsunion und zugleich über die Einsetzung einer Regierungskommission zur politischen Einigung Europas beraten.

Gerade in diesen Tagen, in denen die Blicke so vieler Menschen sich vor allem auf die deutsche Einigung richten, kann man nicht oft genug

wiederholen: Wir wollen beides, die Einheit unseres Vaterlandes und die Einigung Europas. Wir wollen jetzt die Schubkräfte nutzen, die durch die Einigung Deutschlands auch in der Europäischen Gemeinschaft freigesetzt werden. Wir wollen mehr als nur den großen Markt. Seit den Tagen Konrad Adenauers ist die CDU die Europapartei.

Seit dieser Zeit geht es uns nicht nur darum, eine Wirtschaftsunion zu schaffen — so wichtig und nützlich diese ist —, sondern unser großes Ziel bleibt die politische Einigung, der Bau der Vereinigten Staaten von Europa. Wir müssen in diesem Jahrzehnt einen entscheidenden Schritt hin zu diesem Ziel tun.

Liebe Freunde, 1990 wird auch das Jahr der Einheit für die Christlich Demokratische Union in Deutschland. Wir haben mit unseren Freunden in der DDR vereinbart, daß wir auf dem Parteitag am 1. und 2. Oktober diese Einheit vollenden wollen. Diesem Ziel dient auch eine Entschließung, die heute dem Bundesausschuß zur Beschlußfassung vorliegt. Wir wollen die Einheit gemeinsam schaffen. Wir werden alle notwendigen Satzungsänderungen, die programmatischen Aussagen für eine gemeinsame Wahlkampfplattform sowie die notwendigen Personalentscheidungen auf diesem Parteitag gemeinsam treffen. Und wir wollen auch ein Zeichen der Verbundenheit setzen für alle Deutschen. Wir wollen jenes Schlagwort von „hüben“ und „drüben“ überwinden, das lange Jahre unsere Sprache beherrscht hat.

Wir haben in diesen Tagen guten Grund, auf unsere erfolgreiche Deutschlandpolitik in den vergangenen Jahren hinzusehen: Wir haben immer zu unseren Landsleuten in der DDR gestanden. Wir müssen keine Resolution, keinen Parteitagstext und keine Rede umschreiben. Es ist eine — wenn auch betrübliche — Tatsache, daß führende deutsche Sozialdemokraten schon vor langer Zeit das Erbe Kurt Schumachers aufgegeben und viel zu lange wie selbstverständlich die Idee der Zweistaatlichkeit akzeptiert haben. In unverantwortlicher Weise haben sie Beziehungen zur herrschenden SED gepflegt. Und wir haben nicht vergessen, daß noch vor wenigen Monaten in jener Veranstaltung vor dem Schöneberger Rathaus am 9. November 1989 Herr Momper vom Wiedersehen und nicht von einer Wiedervereinigung gesprochen hat.

Wer die Diskussion der letzten Tage und Wochen verfolgt hat, der wird mir zustimmen: Es war ein jammervolles Schauspiel, das die deutsche Sozialdemokratie im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag geboten hat. Sie hat sich den Vertreter einer Politik des blanken Opportunismus zum Kanzlerkandidaten erwählt. Wir werden alles tun, um den Bürgern hier und in der DDR dies deutlich zu machen.

Liebe Freunde, es geht jetzt um die Verabschiedung des Staatsvertrags. Ich habe nie daran gezweifelt, daß die Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat zustimmen wird. Denn jeder weiß: Es gibt keine vertretbare Alternative zu dieser Entscheidung. Der

Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der DDR tritt in wenigen Tagen in Kraft. Die Entscheidung zur Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ist notwendig und richtig.

Viele von uns werden oft gefragt, warum wir diese Entscheidung getroffen haben. Meine Antwort darauf ist klar: Als ich im Deutschen Bundestag im November des vergangenen Jahres mein Zehn-Punkte-Programm zur deutschen Einheit vortrug, da hatte ich keine Vorstellung davon, wie der Ablauf der Ereignisse sein würde, deren Zeuge wir alle in den letzten Monaten waren. Wer behauptet, er habe das damals schon gewußt, der muß ein weitsichtiger Mensch gewesen sein. Ich selbst bin damals davon ausgegangen, daß wir das Jahr 1990 für eine Vertragsgemeinschaft nutzen könnten, die darauffolgende Zeit für den Aufbau konföderativer Strukturen, und daß wir vielleicht in zwei bis drei Jahren die Einheit erreichen könnten.

Es waren die Menschen in der DDR — und nicht die von Politikern oder gar von einem einzelnen erzeugte Hektik —, die das Tempo und die Entwicklung bestimmten. Spätestens ab Januar wurde deutlich, daß eine immer größere Zahl unserer Landsleute in der DDR daran zweifelte, ob sich die Verhältnisse unter der damaligen Regierung wirklich ändern würden. Und es ist auch unbestreitbar, daß schließlich zwei Ereignisse den Strom der Übersiedler bremsen konnten: die Vorverlegung der Volkskammerwahl vom Mai auf den 18. März

und das Angebot der Bundesregierung zur Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion.

Niemand hat hier eine künstliche Hektik erzeugt, sondern die Menschen in der DDR haben ihren Willen deutlich bekundet und gefordert: Wir wollen Frieden, Freiheit, soziale Gerechtigkeit und auch Wohlstand. Ich finde es erbärmlich, wenn gelegentlich gesagt wird, den Leuten in der DDR gehe es nur um Wohlstand. Das sagen gerade jene, die sich in den letzten Jahren ihr eigenes Wohlstandspolster geschaffen haben. Und viele von denen, die so reden, die wollten ja auch noch im Dezember genau wissen, daß die Menschen in Leipzig und Dresden die Einheit gar nicht wünschten. Wir konnten es Abend für Abend im Fernsehen verfolgen — da wurde sogar versucht, solche Vermutungen mit Umfragen zu belegen.

Am Wahlabend war dann alles ganz anders: Da war dann keine Rede mehr davon, daß die Bürger in der DDR eher die SPD wählen, sondern es wurde ein klarer Wahlsieg für die „Allianz für Deutschland“ und vor allem für die CDU registriert. Wir haben mit unseren Freunden gemeinsam gekämpft und auch gemeinsam gewonnen.

Meine Damen und Herren, Lothar de Maizière, seine Freunde und die Koalition in der DDR haben dann rasch gehandelt. Wir haben es gleichfalls getan. So ist unter schwierigsten Bedingungen und unter ungeheurem Zeitdruck der Staatsvertrag entstanden. Ich finde, was von den Mitarbei-

tern in Berlin wie auch hier in Bonn geschaffen wurde, gehört zu den großartigsten Leistungen, die ich in meinem Leben beobachten konnte. Ich habe das vor wenigen Tagen in einer Veranstaltung des BDI gesagt, und ich will es hier wiederholen: Von Vertretern der Wirtschaft werden ja nicht selten die Leistungsfähigkeit und die Dynamik der öffentlichen Verwaltung in Frage gestellt. Ich wünsche mir nur, daß die deutschen Unternehmer und Unternehmen — große wie kleine, vor allem aber die großen — jetzt bei ihrer unternehmerischen Tätigkeit in der DDR die gleiche Dynamik an den Tag legen, die die öffentliche Verwaltung hier wie dort bewiesen hat.

Wir haben auf dem Weg zum Staatsvertrag das getan, was jetzt getan werden konnte. Wir haben diese Entscheidungen, die ja auch unsere Währung und ihre Stabilität ganz wesentlich beeinflussen, in engem Zusammenwirken mit der unabhängigen Bundesbank getroffen. Die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in der DDR zum 1. Juli auf der Grundlage unserer Wirtschaftsgesetze einschließlich eines leistungsfreundlichen Steuersystems wurde vereinbart. Wirtschaftliche Struktur- und Anpassungen vor allem in Industrie und Landwirtschaft werden staatlich flankiert. Ein Sozialversicherungssystem, das sich hier in Jahrzehnten bewährt hat, wird dazu beitragen, daß die Menschen in der DDR sozialen Halt finden.

Bei alledem haben wir Neuland betreten, und natürlich birgt dieser

Weg Risiken in sich. Schwierigkeiten und Übergangsprobleme sind unvermeidbar — nicht nur am Arbeitsmarkt. Aber ich kann mich nur wundern über die Anmaßung, mit der nicht wenige vorgeben, genaue Zahlen prognostizieren zu können. Da ich als geübter Leser der monatlichen Arbeitsmarktstatistik der Bundesanstalt für Arbeit gelegentlich Zweifel an unseren eigenen prognostischen Fähigkeiten habe, frage ich mich, wie andere eigentlich mit Gewißheit sagen können, was nun genau geschehen wird.

Ich weiß, daß es hier Probleme geben wird, aber sie sind lösbar. Ich halte es für unverantwortlich, durch breit angelegte Desinformation den Menschen von vornherein schon ihre Hoffnungen zu zerreden. Nehmen Sie doch von einer Zeitung, gleich welcher politischen Couleure sie nahestand, einmal die Ausgaben aus dem Sommer 1948 zur Hand und lesen Sie die Prognosen nach, die damals die Verfechter der sozialistischen Planwirtschaft zu den Erfolgsaussichten der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards abgegeben haben. Oder rufen Sie sich noch einmal die großen Debatten im Deutschen Bundestag zu diesem Thema in Erinnerung. Dann stellen Sie fest, daß die Zweifel im Prinzip die gleichen waren. Nur die Verhältnisse waren damals ungleich schwieriger, weil das ganze Land darniederlag und wir bei weitem nicht die Hilfe erwarten konnten, die wir heute glücklicherweise geben können.

Ich setze darauf, daß die Dynamik der Sozialen Marktwirtschaft und der

Wille unserer Landsleute in der DDR sich durchsetzen werden. Die Menschen in Leipzig, in Halle, in Chemnitz oder anderswo sind genau so intelligent, genau so fleißig, genau so kreativ wie ihre Landsleute im Westen — nur hat ein unsägliches System sie vierzig Jahre um die Früchte ihrer Arbeit betrogen. Wir werden erleben, daß in wenigen Jahren — nach Überwindung der Übergangsschwierigkeiten, mit denen ich rechne — Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern wirtschaftlich aufblühen werden. Wir werden erleben, daß dort eine größere Bereitschaft zum persönlichen Einsatz und mehr Einfallreichtum auch zusätzliche Konkurrenz in ganz Deutschland schaffen werden — und das tut uns allen gut. Das ist ein wichtiger Beitrag, den ich aus der DDR erhoffe.

Nun gibt es aber auch die Diskussion um die Finanzierung. Da haben die Sozialisten ihr altes Rezept der Steuererhöhung wieder ausgegraben. Ich habe das abgelehnt und lehne es auch weiterhin ab, denn wir haben ja gerade erlebt, daß Steuersenkungen uns mehr Steuern in die Kassen gebracht haben. Allein beim Bund sind die Steuermehreinnahmen bis 1993 mit 114 Milliarden Mark zu beziffern. Und die Tatsache, daß das Feldgeschrei mancher Oberbürgermeister zwischen Hannover und Stuttgart verstummt ist, belegt doch, daß ihnen das Pulver naß geworden ist. Etwas Positives wollen sie nicht sagen, oder sie können es auch nach ihrem Selbstverständnis nicht sagen,

aber allein die Tatsache, daß sie schweigen, ist ein großes Kompliment.

Dies bedeutet, daß wir — entsprechend unserer Vereinbarung mit den Ländern — ohne Steuererhöhung bei der Finanzierung der deutschen Einheit auskommen können. Ich bitte Sie auch dringend, in dieser Diskussion, die zum Teil mit einer unglaublichen Unsachlichkeit geführt wird, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die deutsche Teilung ja keine billige Angelegenheit war. Jahr für Jahr erforderte sie einen Gesamtaufwand von 40 Milliarden D-Mark — die Hilfe für Berlin eingeschlossen. Natürlich sind diese Kosten jetzt nicht über Nacht auf Null abzusinken. Wir brauchen einen Normalisierungsprozeß, gerade auch in Berlin. Aber es ist doch völlig klar, daß in dem Maße, in dem die deutsche Einheit uns wieder normale Verhältnisse bringen wird, auch viele jetzt noch notwendige Programme abgebaut werden können.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer hervorragenden Verfassung. Die Vereinigung vollzieht sich unter wirtschaftlich günstigen Bedingungen. In welcher Lage hätten wir uns befunden, wenn diese geschichtliche Stunde beispielsweise im Sommer 1981 eingetreten wäre? Ich habe keinen Zweifel, daß mein Amtsvorgänger Helmut Schmidt gleichfalls gesagt hätte „Wir müssen jetzt handeln“. Aber wir hätten damals unter ungleich schwierigeren Bedingungen handeln müssen. Wir haben jetzt eine Wachstumsrate von rund 4,4 Prozent

gegenüber dem Vorjahr. Wir liegen allen Unkenrufen zum Trotz bei der Preisentwicklung mit 2,3 Prozent an der Spitze der sieben führenden Industriestaaten der Welt.

Wenn jetzt Unruhe wegen der Zinsentwicklung entsteht, dann will ich doch darauf hinweisen, daß man uns Deutsche dafür nicht verantwortlich machen darf. Wer heute in London sagt, die deutsche Einheit treibe die Zinsen hoch, den muß ich doch daran erinnern, daß die Zinsen in London im Dezember letzten Jahres schon sehr hoch waren — und da hat noch kaum jemand von der deutschen Einheit gesprochen. Die Probleme, die man in Tokio hat, sind nun wirklich keine Folge der deutschen Einheit. Aber auch das amerikanische Haushaltsdefizit gehört nicht gerade zu den zinsenkenden Faktoren und wurde nicht durch die deutsche Einheit hervorgerufen. Also sollten wir hier keine innenpolitischen Argumente erfinden, die dann draußen in der Welt gegen uns verwendet werden können.

Ein zweiter Hinweis: Der Arbeitsmarkt floriert. Mit über 28 Millionen Beschäftigten haben wir einen Nachkriegsrekord erreicht. Allein in den letzten zwölf Monaten sind 550.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen worden, obwohl Hunderttausende Aussiedler und Übersiedler zu uns gekommen sind.

Mit 1,8 Millionen haben wir jetzt die niedrigste Arbeitslosenzahl der letzten acht Jahre. Jeder von uns weiß, daß in dieser Zahl vielfältige Problemfelder gebündelt zum Ausdruck

kommen. Sie setzt sich zusammen aus Arbeitslosen jüngeren und mittleren Alters, aus älteren Angestellten und Langzeitarbeitslosen, die aufgrund einer unsinnigen Entwicklung mit 52 Jahren in unserer Gesellschaft als zu alt gelten und deren Erfahrung und Tatkraft wir nutzen sollten. Es gibt aber auch unzureichend qualifizierte Arbeitslose und jene, die gar nicht arbeiten wollen und jede sich bietende Gelegenheit nutzen, um auf Kosten der Allgemeinheit zu leben.

Ein letzter Hinweis: Unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit hat sich weiter verbessert. Dabei ist ein wichtiger Faktor in der öffentlichen Diskussion viel zu wenig berücksichtigt worden, der es wert ist, besonders erwähnt zu werden: Bei der Anmeldung von Patenten lagen wir 1989 mit den Japanern und mit den Amerikanern wiederum an der Spitze, das heißt, daß die Bundesrepublik Deutschland, die die Hälfte der Einwohner Japans zählt und ein Viertel der Einwohner der Vereinigten Staaten, sehr gut abgeschnitten hat.

Das ist die wirtschaftliche Ausgangslage für die deutsche Einheit. Und nun bedenken Sie bitte, was es heißt, wenn von bestimmten politischen Kräften versucht wird, die Menschen in der DDR zu verängstigen, wenn gesagt wird, das sei alles nicht zu schaffen, die Gefahr persönlicher Rückschläge sei zu groß. Gleichzeitig wird hier bei uns blanker Neid gezüchtet und mit der Behauptung Angst verbreitet, wir könnten es nicht schaffen.

Natürlich müssen wir über alle Fragen und Probleme im Zusammenhang mit der deutschen Einheit diskutieren. Aber diese Diskussion muß ehrlich geführt werden. Wer angesichts der unbezweifelbar günstigen ökonomischen und finanziellen Lage, in der sich die Bundesrepublik Deutschland befindet, sagt: „Wir können es uns dennoch nicht zutrauen, lassen wir unsere Landsleute allein“, der soll doch ehrlich zugeben, was er wirklich denkt: „Wir wollen die Wiedervereinigung nicht.“

Tatsache ist doch, daß hierzulande niemand auf irgendetwas verzichten muß, was sein persönliches Leben wirklich betrifft. Vor ein paar Tagen haben unsere besonderen Freunde im Deutschen Gewerkschaftsbund — ich spreche von denen, die dort das große Wort führen — auf ihrem Kongreß viel über diese angeblichen sozialen Gefahren geredet. Einer der Hauptredner dort hat ein paar Tage vorher gerade für seine Gewerkschaft einen Tarifabschluß getätigt mit sechs Prozent Lohnzuwachs und Einführung der 35-Stunden-Woche in ein paar Jahren. Wo gibt es das noch in Europa, meine Damen und Herren? Hier handelt es sich um eine Organisation, die immer viel von Solidarität gesprochen hat.

Liebe Freunde, in diesem Augenblick, in dem wir für die Zukunft eines geeinten Vaterlandes arbeiten, dürfen wir nicht vergessen, daß die Entwicklung in der DDR so nur möglich war, weil die Ungarn die Grenze geöffnet haben, weil die „Solidarnosc“ in Polen die Menschen- und

Bürgerrechte durchgesetzt hat, weil schließlich auch die Bürgerrechtsbewegung in der Tschechoslowakei erfolgreich war. Alle diese Länder haben Anspruch auf unsere Unterstützung — und auch den Ländern der Dritten Welt müssen wir weiterhin tatkräftig zur Seite stehen.

Allerdings hätte ich mir gewünscht, daß diejenigen, die so häufig das Wort von der Solidarität mit der Dritten Welt im Mund führen, die in der Vergangenheit immer von Nicaragua und anderen Ländern gesprochen haben, jetzt einmal darüber reden, was zum Beispiel für die Rentner in Halle, Leipzig, Jena oder anderswo in der DDR getan werden muß.

Meine lieben Freunde, wir werden unseren Weg gehen, und wir werden erfolgreich sein; die Vereinigung Deutschlands wird vom Miteinander geprägt sein, es wird keine Angliederung geben — weder im Materiellen noch im Geistigen. Die Menschen hier wie dort bringen eine Menge ein; wir in der Bundesrepublik Deutschland unsere Erfahrungen mit einer freiheitlichen Demokratie ebenso wie mit der Sozialen Marktwirtschaft; darin spiegelt sich auch die Tatsache, daß wir in den vergangenen vierzig Jahren auf der Sonnenseite deutscher Geschichte leben durften.

Aber auch die Menschen in der DDR bringen eine Menge ein: zum Beispiel ihre Erfahrung mit den Lebensbedingungen unter einer Diktatur, ihren herausragenden Beitrag, in einer friedlichen Revolution Freiheit

und Menschenrechte unblutig durchgesetzt zu haben; ferner den unverstellten Sinn für den Wert der Freiheit — und nicht zuletzt die Erfahrung des Aufeinanderangewiesenseins, vielleicht auch ein wenig mehr an menschlicher Wärme.

Ich habe gestern mit großem Interesse und großer innerer Spannung das Miteinander in der Volkskammer beobachtet. In vielen Bereichen läßt sich eine erfrischende Offenheit im Umgang miteinander feststellen, eine unkomplizierte und unverkrampfte Einstellung.

Wir haben es ja auch in unserer Partei beobachten können. Erinnern wir uns doch ruhig an den Wahlkampf im Frühjahr dieses Jahres: Damals haben wir gemeinsam die „Allianz für Deutschland“ hervorgebracht und anschließend einen hervorragenden Wahlkampf bestritten. Es war eine Art Jungbrunnen für die CDU auch hier in der Bundesrepublik. Ich habe manchen gesehen, der auf einmal wieder mit Begeisterung Plakate klebte — was er in den Wahlkämpfen hier bei uns seit Jahren nicht mehr gemacht hatte. Ein Stück von dieser Ursprünglichkeit tut unserer Partei gut.

Ich will in einem Satz zusammenfassen, was wir den Menschen bei der kommenden gesamtdeutschen Wahl sagen wollen: Wir stellen uns der Herausforderung der Stunde, wir wissen um unsere geschichtliche Verantwortung. Wir wissen auch: Ein Volk, das nicht die moralische Kraft hat, im Bewußtsein dieser Verantwortung Solidarität zu zei-

gen, besitzt auch nicht die Kraft, die Zukunft zu gewinnen.

Zu den Zukunftsaufgaben gehört unser Auftrag, die Einheit der Nation zu vollenden. Gleichzeitig wollen wir auch unseren Beitrag zum Frieden in der Welt leisten, zum Bau des vereinten Europas, zu einer menschlicheren Gesellschaft — das heißt auch: Solidarität mit der Dritten Welt — und zur Bewahrung der Schöpfung. In ein paar Tagen werden wir auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Houston in Texas — auf Antrag der Bundesrepublik — erneut über den Schutz der Regenwälder reden. In dieser Frage bleibt uns nicht mehr viel Zeit: noch sechs, sieben Jahre, dann sind voraussichtlich irreparable Schäden eingetreten — Schäden, die die ganze Welt betreffen.

Ein vereintes Deutschland wird seinen Beitrag zur Lösung dieser Zukunftsaufgaben leisten. Wir werden in den nächsten Wochen — nach der Verabschiedung des Staatsvertrages — intensiv daran arbeiten, die nächsten Schritte vorzubereiten im Hinblick auf den Beitritt der DDR nach Artikel 23 unseres Grundgesetzes. Ich habe gestern mit großem Interesse die Diskussion in der Volkskammer erlebt — und auch, wie eine Dreiviertelmehrheit über einen Geschäftsordnungsantrag zu dieser Frage abgestimmt hat. Ich fand ausgesprochen klug, was beschlossen wurde — denn wir können und wollen unseren Weg nicht allein gehen, wir müssen berücksichtigen, daß die Vereinigung Deutschlands auch unsere Nachbarn und Partner betrifft.

Ich bin dafür, daß das erste Wort zu den Terminen für die nächsten Schritte jetzt die Freunde aus der DDR haben. Im übrigen habe ich gestern den Eindruck gewonnen, daß in der DDR eine Reihe von Entscheidungen entweder bereits getroffen sind oder kurz bevorstehen; das betrifft die Wahl der Landtage — mit Blick auf die föderative Ordnung der Bundesrepublik Deutschland können wir das nur begrüßen — und den Termin für gesamtdeutsche Wahlen.

Wenn wir nicht handeln, werden andere handeln. Ich kann nur warnend sagen: wir müssen aufpassen, daß sich diejenigen, die die ganze Zeit dagegen waren, nicht plötzlich an die Spitze der Bewegung setzen — und so tun, als hätten sie schon immer dort gestanden.

Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen hinzufügen zu dem wichtigen Thema: Was sagen unsere Nachbarn? Ihre Ängste sollten wir ernst nehmen. Da gibt es vorgeschobene Ängste, da gibt es Ängste, die aus den Erfahrungen der Geschichte erwachsen sind, da gibt es auch Neid, der als Angst verkleidet wird.

Daß die Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft jetzt einen so gewaltigen Schub erhält, liegt auch daran, daß manche denken: Wenn in der EG demnächst 78 statt 60 Millionen Deutsche sein werden, dann ist es eine gute Sache, ein festes Dach über die Deutschen zu spannen. Ich habe nichts dagegen — unser Ziel ist die Vereinigung Europas, die Motive des einen oder anderen auf dem Weg dorthin wollen wir nicht weiter unter-

suchen. Ich begrüße alle Bemühungen, die uns dem Ziel näher bringen. Es muß ebenso unser Ziel sein, daß wir die äußeren Aspekte der Einheit bis zur KSZE-Gipfelkonferenz im November abgeklärt haben.

Ich sage es noch einmal: Wir müssen die Sorgen und Ängste unserer Nachbarn ernst nehmen. Hier sind schwierige Entscheidungen notwendig, Entscheidungen, die mich auch persönlich tief berühren. Wir sind lange Zeit aus gutem Grund — nicht zuletzt aufgrund internationaler Verträge — davon ausgegangen, daß die Frage der Ostgrenze Deutschlands beziehungsweise der Westgrenze Polens in einem Friedensvertrag geregelt werden müsse. Es wird einen solchen Friedensvertrag nicht geben — und wir sollten auch gar nicht danach streben, angesichts der Vorstellung, fünfundvierzig Jahre nach Kriegsende mit einer großen Zahl damaliger Kriegsgegner an einem Tisch zu sitzen — manche von ihnen sind erst im Mai 1945 in den Krieg eingetreten — und über finanzielle Forderungen an die Deutschen zu diskutieren. Die glänzende Verfassung der deutschen Wirtschaft reizt natürlich zu solchen Forderungen.

Liebe Freunde, wir stehen vor der Tatsache — es gibt nicht ein einziges Land in Ost und West, das anders denkt —, daß wir das Ja zur Einheit der Deutschen nur bekommen werden bei gleichzeitiger klarer Anerkennung der bestehenden Grenze zwischen Polen und Deutschland. Dies ist eine bittere, aber notwendige Entscheidung. Ich

erkläre jedem, der mir rät, diese Entscheidung jetzt nicht zu treffen: Dann sage auch bitte ehrlich, was dies bedeutet — daß wir die Einheit der Nation jetzt nicht vollenden können. So klar stellt sich die Alternative, und wer behauptet, dies sei anders, der soll nach Washington gehen, nach London oder nach Paris, der kann in jede Hauptstadt, in jedes Land der Europäischen Gemeinschaft gehen und zu allen unseren Nachbarn in mittel-, Ost- und Südosteuropa. Nirgendwo wird er etwas anderes hören.

Die Entscheidung fällt schon deshalb nicht leicht, weil es hier auch um Wunden aus der Vergangenheit geht. Da ist zunächst die Erinnerung an die schrecklichen Taten, die von Deutschen und in deutschem Namen in Polen begangen worden sind, Ausdruck des Versuchs der nationalsozialistischen Gewaltherrscher, das polnische Volk zu vernichten. Da ist die Erfahrung der Vertreibung, die zum Tod Millionen unschuldiger Deutscher geführt hat. Der Verlust von Haus und Hof, von Landschaften, die durch Jahrhunderte von Deutschen geprägt wurden und so vielen Deutschen Heimat waren — das alles wiegt schwer. Ich habe viel Verständnis für die Gefühle der Vertriebenen und ihrer Nachkommen in diesen Tagen. Ich denke auch an ihre großartige Leistung beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland. Sie haben unser aller Achtung, ja Sympathie verdient.

Wir wollen Versöhnung, Frieden und gute Nachbarschaft. Ich werde am

Donnerstag in meiner Regierungserklärung eingehend zu diesem Thema Stellung nehmen, aber ich will auch hier sagen: Was ich mir von Herzen wünsche ist, daß die deutsch-polnische Grenze sich so entwickelt wie die deutsch-französische Grenze. In meiner Heimat in der Pfalz wurde den Kindern noch im Jahr 1938 in den Schulen beigebracht, die Franzosen seien unsere Erbfeinde — ich habe es damals selbst erleben müssen —, und junge Franzosen hatten damals Schulbücher, in denen der gleiche Unsinn mit umgekehrten Vorzeichen stand. Heute überqueren wir die deutsch-französische Grenze ganz selbstverständlich, weil sie eine wahrhaft europäische Grenze geworden ist, die nicht mehr trennt, eine offene Grenze, über die die Menschen in Freundschaft zusammenkommen.

Weit über zehn Millionen Deutsche und Franzosen haben über das deutsch-französische Jugendwerk das jeweilige Nachbarland besucht. Wir wünschen uns, daß Vergleichbares auch mit jungen Polen möglich ist. Wir wünschen uns, daß aus dem Geist der Erklärung Václav Havels, des Präsidenten der ČSFR, gegenüber den Sudetendeutschen Frieden und Gemeinschaft wachsen, daß Wirklichkeit wird, was der heutige Ministerpräsident Mazowiecki und andere — polnische und deutsche Katholiken — in einer gemeinsamen Erklärung niedergeschrieben haben.

Die Entscheidungen, die ich angesprochen habe, sind nicht einfach zu treffen. Ich erwarte in der Partei von

jedermann Respekt vor der Meinung Andersdenkender. Ich erwarte ebenso, daß wir uns alle bewußt sind: Wenn wir jetzt die Chance zur Einheit unseres Vaterlandes nicht nutzen, kommt eine solche Stunde so schnell nicht wieder.

Wir Deutschen werden uns niemals wieder auf nationalistische Alleingänge oder Sonderwege begeben. Dies führt uns zu einer weiteren wichtigen Frage: Wie wird es möglich sein, zwischen Ost und West zu einem Miteinander zu kommen? Und noch etwas hängt damit zusammen: Wie können wir in der Frage der künftigen Bündniszugehörigkeit eines vereinten Deutschlands Entscheidungen finden, die für uns wie für andere akzeptabel sind. Ich sehe mit einer gewissen Besorgnis, daß die Frage der NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands von vielen nur unter militärischen Gesichtspunkten betrachtet wird. Doch diese Frage reicht viel tiefer, sie ist von existentieller Bedeutung für das wiedervereinigte Deutschland.

Ich bin entschieden dagegen — und werde mich auch leidenschaftlich gegen einen solchen Versuch zur Wehr setzen —, die Deutschen wie nach dem Ersten Weltkrieg zu isolieren und zu neutralisieren — mit einem Wort, ihnen einen Sonderstatus zuzuweisen. In der KSZE-Schlußakte, die alle Konferenzteilnehmer, auch die Sowjetunion, unterschrieben haben, steht klar, daß es das Recht aller Unterzeichnerstaaten ist, selbst zu bestimmen, welchem Bündnis sie angehören wollen.

Zu lange ist die NATO nur unter militärischen Gesichtspunkten gesehen worden. Ihre Grundidee ist aber der Zusammenschluß freier Völker. Um die freiheitliche Ordnung schützen zu können, wurde die militärische Komponente mit einbezogen. In Ost und West gibt es — außer der Sowjetunion — kein Land, weder Polen noch die ČSFR noch Ungarn oder ein anderes Land, das nicht den Wunsch hat, daß ein vereintes Deutschland der NATO angehört. In all diesen Ländern sieht man sehr klar, daß jede Singularisierung der Deutschen die Stabilität Europas zerstören würde.

Eine Singularisierung, Isolierung, Neutralisierung Deutschlands würde bedeuten, daß wir eine Sonderstellung hätten, die weder uns noch unseren Nachbarn gut bekommen würde. Eine Zerstörung der NATO wäre die automatische Folge eines Ausscheidens der Deutschen aus dem Bündnis, und daraus folgte ein anderer gefährlicher Schritt — auch hier gibt es die geschichtliche Warnung aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg —, nämlich der Rückzug der Amerikaner aus Europa.

Wer mit amerikanischen Kongreßabgeordneten und Senatoren diskutiert, der weiß, daß die amerikanische Präsenz in Deutschland die Voraussetzung für die Präsenz in Europa ist. Würden die Amerikaner Europa verlassen, so ergäbe sich eine völlig neue Sicherheitslage. Gewiß hat sich die Sicherheitslage unbestreitbar zum Positiven verändert, aber bislang ist

noch keineswegs der Friede auf Erden eingekehrt. Wenn Sie genau betrachten, wie weit die Abrüstung wirklich vorangekommen ist, dann sehen Sie: Es bleibt noch viel zu tun.

Verließen die Amerikaner Europa, so müßten die beiden Kernwaffenmächte Frankreich und Großbritannien notwendigerweise enger zusammenrücken. Sie wären aber dennoch nicht in der Lage, die Sicherheit der Nichtkernwaffenländer von Norwegen bis Italien zu garantieren. Ich glaube auch nicht, daß in einem solchen Fall die politische Einigung Europas möglich wäre. Es ist nicht denkbar, eine europäische Struktur zu entwickeln, in der Deutschland unter einem Sonderstatus steht.

Wir wollen die Einigung Europas. Europäische Sicherheitsstrukturen werden sich nur entwickeln lassen, wenn die Deutschen völlig gleichberechtigt in dieses Europa eingebettet sind. Das ist eine Frage von zentraler Bedeutung.

Ich bin der Meinung, daß es möglich ist, mit der Sowjetunion zu einer Übereinkunft zu kommen; daran müssen wir arbeiten. Wir haben in den nächsten Wochen entscheidende Konferenzen vor uns. Der Warschauer Pakt tagte kürzlich und wandte sich mit einer klaren Aufforderung an die NATO, den Entwicklungen in Europa und der neuen Sicherheitslage Rechnung zu tragen. Wir werden das tun, wir werden darüber nachzudenken haben, welche Botschaft vom NATO-Gipfel Anfang Juli in London ausgehen muß.

Unser Beitrag als Deutsche zielt dahin, auch in dieser Botschaft deutlich zu machen, daß wir die berechtigten Sicherheitsinteressen der Sowjetunion berücksichtigen. In meinen jüngsten Gesprächen in Washington habe ich an meinen Vorschlag erinnert, daß die Mitglieder beider Bündnissysteme im KSZE-Rahmen einen Nichtangriffsvertrag abschließen sollten. Ein solcher Vertrag sollte dann allen anderen KSZE-Teilnehmern zum Beitritt offenstehen.

Ich halte es auch für möglich, daß wir bei den Wiener Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa bereits über Truppenobergrenzen in Europa sprechen, auch in der zentralen Zone Europas. Das betrifft nicht zuletzt die künftigen Streitkräfte eines geeinten Deutschlands, wobei ich wiederum davon ausgehe, daß wir Deutschen nicht singularisiert werden. Wenn wir über die Obergrenze der künftigen deutschen Streitkräfte reden, müssen wir auch über die Obergrenzen anderer Streitkräfte sprechen. Klar ist: Sie können die Zahlen der Nationalen Volksarmee und der Bundeswehr nicht einfach zusammenrechnen, die künftigen deutschen Streitkräfte werden zahlenmäßig natürlich darunterliegen. Und im Blick auf diese Entwicklung wollen wir auch die Entscheidung über die Dauer der Wehrpflicht treffen.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang gehört ein weiterer Gesichtspunkt, nämlich die künftige

Entwicklung der Sowjetunion. Jeder von uns weiß um die Nationalitätsprobleme, um die Wirtschaftsprobleme. Lassen Sie mich hier ganz deutlich sagen. Es ist das Ziel unserer Politik, daß die Öffnungspolitik Michail Gorbatschows Erfolg hat. Wir müssen sie im Rahmen des Möglichen unterstützen; wir werden in der Europäischen Gemeinschaft und auf dem Weltwirtschaftsgipfel darüber zu sprechen haben.

Wir haben jetzt weitreichende Entscheidungen zu treffen, Entscheidungen, die zum Teil nicht bereits in wenigen Wochen Früchte tragen; vielmehr müssen langfristige Entwicklungen in Gang gesetzt werden. Nicht umsonst finden wir jetzt in der EG und anderswo so viel Zustimmung für unsere Anliegen. Das ist nicht über Nacht gekommen — das Vertrauen, das wir jetzt genießen, vor allem bei unseren westlichen Nachbarn, Freunden und Partnern, ist in den vergangenen 40 Jahren allmählich erworben worden. Jeder kann feststellen, daß sich jetzt auch die Entscheidung über die Stationierung der Mittelstreckenwaffen 1983 auszahlt. Diese Entscheidung hat die NATO stabilisiert, und ohne diese Entscheidung hätte wohl auch das Umdenken in Moskau nicht eingesetzt.

Aus dieser verlässlichen Politik ist Vertrauen erwachsen — und die Überzeugung, daß man den Deutschen jetzt volle Unterstützung geben kann. So ist zum Beispiel der amerikanische Präsident George Bush als Freund der Deutschen

außerordentlich hilfreich, und wir können ihm nur dafür danken.

Meine lieben Freunde, dies ist eine außergewöhnliche Bundesausschußsitzung; sie ist es wegen der Anwesenheit unserer Freunde aus der DDR, aber auch im Blick auf die Herausforderung, vor der wir stehen. Wenn Sie sich vorstellen, mein Vorgänger hätte im Sommer 1981 eine vergleichbare Bilanz vortragen können, er hätte die Einheit unseres Vaterlandes als nahes, erreichbares Ziel nennen können — das Rheintal von Lörrach bis Wesel wäre vom Beifallssturm seiner Genossen erfüllt gewesen. Ich denke, etwas mehr Beifall in den eigenen Reihen täte uns auch gut, liebe Freunde — nicht hier im Saal des Konrad-Adenauer-Hauses, da haben wir keinen Bedarf, sondern draußen.

Es ist schon ein Phänomen, daß eine Politik, die Punkt für Punkt sachlich überzeugend ist, trotzdem Schwierigkeiten hat, sich bei der Bevölkerung durchzusetzen. Aber es macht keinen Sinn, darüber zu klagen. Es muß uns um die Wähler gehen, die da sind, nicht um die, von denen wir träumen. Es macht auch nur bedingt Sinn, auf die Medien als Träger der öffentlichen Meinung zu schimpfen, obwohl wir teilweise durchaus Grund dazu hätten.

Erfolg verspricht nur eines: daß wir unsere richtige Politik mit großer Überzeugungskraft, in einer verständlichen Sprache und mit Mut und Kampfgeist vortragen. Liebe Freunde, wir haben alle Chancen! Laßt uns diese Chancen nutzen! ■

Ministerpräsident Lothar de Maizière:

Wir bereiten das Zusammenwachsen der beiden CDU-Parteien vor

Als Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union in der DDR habe ich heute erstmals Gelegenheit, vor einem offiziellen Gremium der CDU der Bundesrepublik zu sprechen. Wir arbeiten gemeinsam am großen Werk der Einheit Deutschlands und der Einheit der CDU.

Es war in diesen Tagen, vor 45 Jahren, am 16. Juni 1945, als sich in Berlin-Westend eine Reihe von Männern zusammenfand mit der festen Absicht, eine neue Partei zu gründen. Der 26. Juni 1945 war es schließlich, an dem die Christlich Demokratische Union feierlich aus der Taufe gehoben wurde.

Männer und Frauen hatten sich zusammengefunden, um mit dieser Parteigründung gemeinsam das Werk des Wiederaufbaues aus dem Geiste christlicher Verantwortung zu beginnen. Es ging darum, in Deutschland eine politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Ordnung zu schaffen, in der sich der Mensch als Persönlichkeit frei entfalten kann.

Der Gründungsaufruf machte deutlich, wo Deutschland in diesem Jahr stehengeblieben war, vor einem „Trümmerhaufen sittlicher und materieller Werte“. In diese totale Leere hinein haben sich die Männer und Frauen der ersten Stunde „auf die kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums“ besonnen. Sie waren es, die die Kraft zum Aufbau und zum Neubeginn gegeben haben.

Der Neuanfang in der CDU bedeutete aber gleichzeitig unterschiedliche Aus-

gangs- und Entwicklungschancen der Partei in den vier Besatzungszonen. Die Neubessnung auf die Grundwerte Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat fand in den drei westlichen Besatzungszonen den Rückhalt in den Wertgrundlagen der Besatzungsmächte. In der sowjetischen Besatzungszone war nach der Vereini-

Der erste gemeinsame Parteitag soll nach den Worten von Lothar de Maizière der Auftakt für eine erfolgreiche gesamtdeutsche Wahl sein.

gung von KPD und SPD von Anfang an das Bestreben der SED zu spüren, die CDU zu liquidieren, weil sie sich nicht auf die sozialistischen Ideale hat festlegen lassen.

Die Folgen dieser Entwicklung sind den Älteren unter uns noch in Erinnerung: Prozesse gegen führende CDU-Repräsentanten, Folter und Kerker. Nicht alle hatten die Kraft zum Widerstand. Viele haben sich aus Hoffnungslosigkeit für die Anpassung und gegen das Widerstehen entschieden, andere haben die Abwanderung dem Widerspruch vorgezogen und sind in den Westen gegangen.

Abwanderung und Widerstand auf der einen Seite und Anpassung und der Versuch, die christlichen Ideale mit den „neuen“ sozialistischen Idealen zu verbinden, markieren die innere Zerrissenheit und die Gratwanderung der CDU-Mitglieder nach Gründung der DDR.

Verfolgt man die Wege der CDU in Ost und West zurück, so werden die ganz verschiedenen Entwicklungen deutlich. In der Bundesrepublik Deutschland hatte die CDU die Chance, unter führenden politischen Köpfen wie Konrad Adenauer und Ludwig Erhard zu einer staats-tragenden und gestaltenden politischen Kraft heranzuwachsen. Die Volkspartei CDU wurde im Westen von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen. Das C, das als einigendes Band die Politik bestimmen sollte, wurde — so will uns scheinen — durch die Erfordernisse der Tagespolitik manchmal an den Rand gedrängt. An Mahnern dieser Entwicklung hat es nicht gefehlt. Die Diskussion über Rolle und Stellenwert des C in der Politik ist bis heute nicht abgerissen.

In der CDU in der DDR wurde auch unter der äußeren Schale der Anpassung Gemeinschaft von Christen praktiziert und erlebt, die aus ihrem Glauben heraus zur Verantwortung in der Gesellschaft bereit waren. Wer die Politik in der DDR nicht nur der SED überlassen wollte, sondern sich vorgenommen hatte, auch andere politische Ansätze ins Spiel zu bringen, der konnte dies nur in der CDU oder in anderen Parteien tun.

Die Mitarbeit dort war die einzige Alternative zur SED — wenn man sich aus Resignation nicht ganz aus dem öffentlichen Leben zurückziehen wollte. Über lange Zeit haben die örtlichen Gruppen der CDU in der DDR den Gedanken der politischen Ökumene wachgehalten, bis er von den Kirchen unter dem Stichwort des konziliaren Prozesses ganz neu aufgenommen wurde.

Die CDU in der DDR erlitt aber auch das Schicksal der Trennung zwischen einer korrupten und SED-hörigen Füh-

rung und einer an der Basis arbeitenden, aber wenig wirksamen Partei. Auch wenn dies so war, möchte ich daran erinnern, daß in dieser Zeit die Mitarbeit in der CDU immer unter der Gefahr stand, Repression und Verfolgung ausgesetzt zu sein. Sicher kann niemand ausschließen, daß sich manche der CDU aus opportunistischen Erwägungen angeschlossen haben. Andere wurden Mitglied, weil sie anders den Druck der SED nicht standhalten konnten. Sie haben sich alle unter dem Dach des C zusammengefunden, das eine Nische in der sozialistischen Gesellschaft angeboten hat. Viele Mitglieder haben in den letzten Monaten und Jahren diese Situation auch als Gewissensnot erlebt und durchlitten.

Ein gerechtes Urteil über die CDU in der DDR wird nur fällen können, wer die Zeitumstände mit sieht.

In den vergangenen 40 Jahren war es für die Entwicklung der CDU in der DDR besonders belastend, daß das Gespräch zwischen den beiden Ästen aus der gleichen Wurzel von der einen Seite nicht gesucht und von der anderen Seite strikt verweigert wurde. Es war schmerzhaft zu erleben, daß selbst auf politisch neutralem Boden wie bei Kirchentagen oder kirchlichen Veranstaltungen nur selten ein Austausch zustande kam.

Die Ereignisse des vergangenen Herbstes haben Zeichen dafür gesetzt, in neuer Weise aufeinander zugehen zu können. Dies geschah nicht ohne Schwierigkeiten, Urteile und Vorurteile aus zurückliegenden Zeiten wurden nur schwer überwunden. Feindbilder einerseits und Verdächtigungen andererseits waren Steine auf dem Weg des Aufeinanderzugehens.

Die Erneuerung der CDU in der DDR kam vor allem von der Basis. Ihr ist es zu verdanken, daß diese Erneuerung grundlegend und die

Rückbesinnung auf die Wurzeln konsequent stattfand. Die politische Führung beider Parteien hat ihr Zusammenfinden der Basis zu verdanken.

Kreis- und Ortsverbände im grenznahen Bereich haben ohne Berührungängste die Zusammenarbeit gesucht. Sie wuchs in besonderer Weise im Vorfeld der Wahlen am 18. März 1990 und hat auch dazu beigetragen, die politische Führung zusammenzubringen. Ich sage hier zum wiederholten Male für diese Hilfe meinen besonderen Dank. Sie war mehr als nur Pflicht, sie war für viele ein Herzensanliegen, und sie hat dazu beigetragen, daß Menschen einander näherkamen und Freundschaft schlossen.

Es war ein gegenseitiges Geben und Nehmen. Die einen lernten Wahlkampf, partiierten an moderner Technik, erhielten materielle Hilfe und ließen sich im Gespräch von den Vorzügen einer Sozialen Marktwirtschaft überzeugen. Die anderen erlebten vielleicht nach vielen Jahren erstmalig wieder die ungeteilte Begeisterung eines Volkes und der Mitglieder der CDU in der DDR, die sich aus den Fesseln der Vergangenheit befreiten und den Weg in eine neue Zukunft einschlugen. Unter Partnern wird man das wechselseitig Empfangene nicht aufrechnen, sondern dafür danken.

Unsere Arbeit fiel auf fruchtbaren Boden, der Einsatz hat sich gelohnt, wie der Wahlsieg am 18. März 1990 zeigte. Die Menschen in der DDR haben ein klares Votum für die deutsche Einheit, für Freiheit und Demokratie und für die Soziale Marktwirtschaft abgegeben.

Parallel zur staatlichen und politischen Einigung wurden die Weichen zur Ein-

heit der beiden Parteien gestellt. Wie auf dem Weg zur politischen Einheit das Wort vom Zusammenwachsen eine besondere Qualität erhielt, so muß auch bei der Einheit der beiden Parteien Zusammenwachsen im wirklichen Wortsinne im Vordergrund stehen. Auch hier gilt, danach zu fragen, was die CDU in der DDR in diesen Einigungsprozeß mitzubringen hat. Das Zusammenwachsen bedarf der inhaltlichen Diskussion und Zusammenführung. Neben der wirtschaftlichen Kompetenz, die von den Menschen im März gewählt wurde, müssen die ökologische und soziale Komponente gleichberechtigt zur Geltung kommen. Ich erinnere an die Stichworte, die im Herbst 1989 wichtig waren und die die Menschen auch in der CDU bestimmten. Es waren die Gedanken des konziliaren Prozesses, die mit den Worten Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung kurz umschrieben sind.

Erst dieser konziliare Prozeß ermöglichte es den Kirchen, den Gedanken der Gewaltfreiheit als urchristlichen Gedanken zu transportieren. Dieser Gedanke war es, der die friedliche Revolution ermöglicht hat. Und viele Menschen, die sich an dieser friedlichen Revolution beteiligt haben, hatten das Gefühl: Wir stehen in Gottes Hand, wir hätten es alleine nicht geschafft.

Seit dem Herbst 1989 haben viele junge Menschen den Weg zur CDU in der DDR gefunden, vor allem Menschen mit großer Bereitschaft zum Engagement. Vielleicht war es gerade der ethische Anspruch des C, der sie zu dieser Entscheidung veranlaßt hat. Für uns ist das eine große Herausforderung. Für unsere gemeinsame CDU muß das C künftig seine erste Position deutlicher hervortreten lassen. Das C muß

unser gemeinsames Zukunftsprogramm sein.

Wir bereiten das Zusammenwachsen der beiden Parteien vor. Eine gemeinsame Grundsatzkommission und eine Satzungs- und Organisationskommission müssen die Voraussetzungen für die „Wiedervereinigung“ der beiden Parteien schaffen. Die gemeinsame Programmarbeit ist für uns zentral, sie muß über den Tag der Vereinigung hinaus fortgesetzt werden. Fragen der Struktur und der Satzung müssen vor der Vereinigung im Einvernehmen geregelt werden. Dabei müssen auch so schwierige Fragen wie Parteieigentum, Parteifinanzien bis hin zu dem schwierigen Wort „Schulden“ besprochen und beantwortet werden.

Die Einheit der Partei muß mit Blick auf die gesamtdeutschen Wahlen auch mit einem für alle deutschen Lande verbindlichen Wahlprogramm dokumentiert werden. Wir wollen gemeinsam mit der CDU der Bundesrepublik ein Wahlprogramm erarbeiten und ver-

abschieden, in dem sich die Menschen in der DDR auch wiederfinden können.

Eckpunkte müssen dabei sein:

- **Einheit in sozialer Gerechtigkeit,**
- **Einheit Deutschlands in einer Friedensordnung mit allen europäischen Nachbarn,**
- **Solidarität mit den Ländern der Dritten Welt und**
- **Bewahrung der Schöpfung.**

Wir wissen, daß eine gesunde Wirtschaft der Schlüssel zu sozialer Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit ist. Die dienende Rolle der Wirtschaft wollen wir besonders betonen.

Der politische Höhepunkt in diesem Jahr wird der erste gemeinsame Parteitag der CDU sein. Dieser Parteitag muß den Auftakt für eine erfolgreiche gesamtdeutsche Wahl bilden. Der Schlüssel zum Erfolg liegt bei der CDU selbst, wenn sie sich als grundsatztreue, moderne, sozial aufgeschlossene und bürgernahe Volkspartei den Menschen darstellt. ■

Kommentar zum 17. Juni:

Ein deutscher Tag

Welch ein Tag im Leben der Deutschen! Wo 37 Jahre zuvor, im Herzen der geteilten Hauptstadt Berlin, die sowjetischen Panzer gerollt waren, um den Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 niederzuwalzen, wäre fast spontan ein Antrag in der Volkskammer angenommen worden, den Beitritt der sich nun auflösenden DDR zur Bundesrepublik Deutschland zu erklären. Das Beitritts-gesuch steht nun jedenfalls auf der Tagesordnung, wie es nahezu drei Viertel aller Volkskammerabgeordneten

wünschen. Eine Geste an diesem 17. Juni 1990, wie sie dramatischer und deutlicher nicht ausfallen kann!

Wenn auch der Wunsch nach Zugehörigkeit zur freien und sozialen Bundesrepublik — vernünftigerweise — erst später, aber gewiß noch in diesem Jahr, erfüllt werden kann, so ist der überraschende Vorstoß das klarste Bekenntnis zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit an diesem geschichtsträchtigen Tag. Man darf ihn nun nicht mehr einfach aus dem Kalender streichen.

Rheinische Post

Generalsekretär Volker Rühle:

Gegen die Angstkampagne der SPD eine Kampagne der Argumente setzen

Als der Bundesausschuß vor gut einem halben Jahr in Berlin zusammentrat, da standen wir alle noch unter dem Eindruck der erst vier Wochen zurückliegenden Öffnung der Mauer. Damals haben wir in unserer Deutschlandklärung noch — aus heutiger Sicht vorsichtig formuliert — von „konföderativen Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland“ gesprochen.

Heute — ein halbes Jahr später — hat sich die Lage in Deutschland und Europa so grundlegend gewandelt, daß wir davon ausgehen können, daß die Wiedervereinigung in wenigen Monaten Wirklichkeit sein wird.

„In einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland.“ Diese Vision Konrad Adenauers ist das Programm der CDU für Deutschland. Es wird jetzt durch Helmut Kohl und Lothar de Maizière verwirklicht, und dafür danken wir ihnen.

CDU — Partei für schwierige Zeiten

Auf Ihren Tischen liegt heute eine neue deutschlandpolitische Erklärung, die ich im übrigen bitte, in die Aussprache mit einzubeziehen, und dort bringen wir zum Ausdruck, daß der Weg zur deutschen Einheit schwierig und voller Anstrengungen sein wird.

Ich finde, daß das eine sehr wichtige Aussage ist: daß wir deutlich machen, dies sind schwierige Zeiten mit enormen Her-

ausforderungen — aber auch mit großartigen Chancen.

Die Sozialdemokraten, insbesondere Lafontaine, malen ja Schreckensgebilde an die Wand und setzen darauf, daß alles schlechter wird.

Wer — wie Lafontaine — nur Ängste verbreitet und seine Strategie einzig und allein auf die Risiken und auf das Scheitern, nicht aber auf die Chancen ausrichtet, der betreibt — wie Theo Sommer

Generalsekretär Volker Rühle möchte, daß die CDU der Risikendiskussion der SPD eine Chancendiskussion entgegensetzt.

kürzlich in der „Zeit“ geschrieben hat — eine Politik, „die in Wahrheit auf Politikverweigerung hinausläuft“, und das paßt nicht in eine Zeit, in der wir aufgerufen sind, die deutsche Einheit herbeizuführen.

Aber wir sollten auch vermeiden, beispielsweise mit finanztechnischen Äußerungen wie „die Einheit finanziert sich von selbst durch das Wachstum und das Steueraufkommen“ den Eindruck zu erwecken, als sei das alles ganz leicht zu bewältigen. Denn zum ersten nehmen uns das unsere Mitbürger nicht ab. Und zweitens ist das ja auch nicht ganz richtig. Natürlich ist der Weg zur deutschen Einheit schwer. Und ich finde, das — was

wir jetzt vor uns haben — ist vielleicht schwieriger als am Beginn der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Denn von null anzufangen, die Trümmer zu beseitigen und dann ein ganz neues Haus mit einer neuen Architektur aufzubauen, das war vielleicht leichter, als jetzt das zusammenzufügen, was in vierzig Jahren sich eben auch auseinander entwickelt hat — politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich — und deshalb empfehle ich uns, unseren Mitbürgern die Herausforderungen dieses Veränderungsprozesses in Deutschland und in Europa offen darzustellen, deutlich zu machen, daß das Tempo der Veränderungen und diese Schwierigkeiten durch die geschichtliche Entwicklung und durch die Sachzwänge bestimmt werden.

Doch zugleich sollten wir uns offensiv mit den Sozialdemokraten darüber auseinandersetzen, mit welcher Politik man denn diese Schwierigkeiten am besten bewältigen kann und ich finde, wir können dort mit großem Selbstbewußtsein und mit Zuversicht sagen: Wenn eine Partei in Deutschland in der Lage ist, derart schwierige Aufgaben zu lösen, dann ist das die Union.

Wir haben das bewiesen beim Aufbau der Bundesrepublik, und wir werden das wieder beweisen. Denn die CDU ist eine Partei für schwierige Zeiten, die Probleme löst, die schwierige Entscheidungen durchsteht, nicht eine Partei des Opportunismus, sondern der Standfestigkeit und der Führungsfähigkeit.

SPD nicht zu Gemeinsamkeiten bereit

Wir würden bei den großen Herausforderungen — und ich denke, das machen auch die Debatten im Bundestag deutlich

— gerne mehr Gemeinsamkeiten mit der Opposition begrüßen, wo immer diese möglich sind.

Doch bisher war das sehr schwer, weil sich die Sozialdemokraten allzu häufig von dem Mann von der Saar, der mit der deutschen Einheit nichts anzufangen weiß und folglich auch über kein Konzept zur Einheit verfügt, haben fremdbestimmen lassen.

Wer kein Konzept hat, der kann auch schwer mitreden in den großen Fragen unserer Zeit.

Klaus von Dohnanyi, der Sozialdemokrat, hat das kürzlich seinen Parteifreunden vorgehalten, als er im „Spiegel“ schrieb: „Die Unklarheit der SPD-Position hat dem Kanzler Gemeinsamkeit zweifellos erschwert...“

Kaum besser läßt sich zudem die von der SPD-Führung für ihr Versagen gefundene Ausrede entlarven, der Kanzler behandle die Verhandlungen über den Staatsvertrag als seine „Privatsache“. Unfähig zur nationalen Verantwortung — jedenfalls bisher — waren die Sozialdemokraten!

Lafontaine — Kurt Schumacher

Lafontaine, der den Anspruch auf den Posten des ersten gesamtdeutschen SPD-Vorsitzenden erhebt, muß sich daran messen lassen, was z. B. der große deutsche Sozialdemokrat Kurt Schumacher in der Debatte über die Regierungserklärung Konrad Adenauers am 21. September 1949 im Deutschen Bundestag ausführte.

Ich zitiere Kurt Schumacher: „Wir können niemanden als einen Freund des deutschen Volkes empfinden, dessen praktische Politik die deutsche Einheit auf der demokratischen Grundlage ver-

weigert und behindert.“ Und er fügt dann hinzu: „Wir wünschen, daß bei aller Verschiedenheit der Auffassungen sozialer, politischer und kultureller Natur die Angelegenheit der deutschen Einheit überall in Deutschland die Angelegenheit der gleichen Herzenswärme und der gleichen politischen Entschiedenheit wird.“ — So weit Kurt Schumacher am 21. September 1949.

Und das ist genau der Punkt. Dieser Mann von der Saar hat eben nicht die Herzenswärme für die deutsche Einheit, von der Entschiedenheit ganz zu schweigen.

Chancen der Einheit

Ich meine, daß es nur ganz verständlich ist, daß das Neue und Unbekannte, was stärker auf die Deutschen in der DDR zukommt, aber eben auch auf die Mitbürger in der Bundesrepublik in diesem Vereinigungsprozeß Fragen und Sorgen der Bürger hervorruft.

Nur wenn unsere Bürger die Chancen der Einheit besser erkennen, werden sich die Schwierigkeiten leichter bewältigen lassen.

Wir müssen die Diskussion um die deutsche Einheit deswegen noch stärker mit den Chancen der Einheit verbinden, Einheit wofür: Also beispielsweise mit den Chancen für den Umweltschutz, den Chancen für Frieden und Abrüstung und den Chancen für die Entwicklungshilfe.

Chance Umwelt

Es gibt Leute, die so tun, als ob die Chancen für den Umweltschutz jetzt dadurch geringer werden, daß wir uns, wie sie sagen, nur um die deutsche Einheit kümmern würden. So hat Herr Steinkühler

etwa auf dem DGB-Kongreß etwa gesagt, die Einheit beseitige nicht das Ozonloch. Das ist richtig. Aber richtig ist doch auch: Gerade durch die Einheit haben wir mehr Chancen für den Umweltschutz.

Jahrzehntelang ist in der DDR Sozialismus auf Kosten der Umwelt betrieben worden; die ökologischen Schäden sind immens. Und ebenso gravierend sind die Auswirkungen dieser katastrophalen Versäumnisse für die Bundesrepublik: Erhebliche Anstrengungen zum Schutz der Gewässer und der Luft konnten bisher nicht den gewünschten Erfolg haben, weil immer neue Belastungen aus dem Gebiet, auch der heutigen DDR, auftraten. Die deutsche Einheit bietet jetzt die Chance, diese Mißstände besser zu beseitigen.

Oder um ein konkretes Beispiel zu geben: Wir geben viele Dutzende von Millionen Mark in Hamburg aus, um den giftigen Hafenschlick aus der Elbe zu holen. Mit demselben Geld können wir zehnfach so viel für den Umweltschutz bewirken, wenn wir es in Dresden ausgeben, und genau das ist die Chance der deutschen Einheit für den Umweltschutz.

Und das gilt natürlich auch über Deutschland hinaus. Die Umwelt kann um so besser geschützt werden, je mehr in Europa die Grenzen fallen und der Weg für eine Umweltgemeinschaft frei wird.

Chance Abrüstung

Ein zweites Beispiel: Einheit wofür?

Chancen der Einheit — das ist das Thema Abrüstung und Frieden. Die Einheit ist in Wirklichkeit das beste Friedens- und Abrüstungsprogramm! Schon heute läßt sich klar erkennen: Auch wenn sich beispielsweise bei den sowjetischen Streitkräften konkret noch nicht viel geändert hat, so haben wir doch durch

die politischen Veränderungen in der DDR, in Polen, in Ungarn und in der Tschechoslowakei Hunderttausende von potentiellen Gegnern verloren. Durch die politische Revolution in diesen Ländern ist bereits heute ein militärisch anderes Europa entstanden, auch wenn sich das in den Waffenpotentialen im einzelnen noch nicht niederschlägt.

Ein politisch neues Europa verlangt eben auch ein militärisch neues Europa. Und deshalb sprechen wir uns in unserer deutschlandpolitischen Erklärung auch dafür aus, daß im NATO-Bündnis die militärische Komponente zunehmend an Gewicht verliert, die schon immer bestehende politische Rolle der NATO mehr und mehr in den Vordergrund tritt, die Allianz von morgen mit einem vereinten Deutschland soll eine andere sein, als wir sie heute kennen: mit weniger Waffen, ohne bodengestützte Nuklearwaffen in Europa, mit weniger Soldaten, ohne chemische Waffen, mit einer kürzeren Wehrdienstzeit für die Bundeswehrsoldaten.

Chance Entwicklungshilfe

Oder nehmen wir als drittes Beispiel der Chancen der deutschen Einheit die Entwicklungshilfe: Durch die Überwindung des Ost-West-Konflikts werden nicht nur bei uns Mittel frei für den globalen Umweltschutz und die Bekämpfung von Hunger und Elend in der Dritten Welt. Darüber hinaus werden durch die Einigung Deutschlands und Europas und durch die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft auch die heute noch hilfsbedürftigen Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas langfristig selbst zu hilfsfähigen Ländern. Und das ist aus meiner Sicht ja der doppelte Skandal des Sozialismus: daß er nicht nur etwa die Landsleute in der DDR um die Früchte ihrer

Arbeit betrogen hat, sondern daß er ein potentiell hilfsfähiges Land, was den wirklich armen Menschen auf der Welt schon seit Jahrzehnten hätte helfen können, zu einem hilfsbedürftigen Land gemacht hat. Und deswegen müssen wir deutlich machen gegenüber der Dritten Welt: Wenn Deutschland zusammengeführt, wenn Europa zusammengeführt wird, dann ersteht ja ein Deutschland, ein Europa, das hilfsfähig sein wird und das die wirklichen Probleme der armen Menschen auf der Welt besser lösen kann als zu den Zeiten, als durch die Existenz des Sozialismus, etwa in der DDR, die Menschen daran gehindert wurden, hilfsfähig zu sein und statt dessen hilfsbedürftig gemacht wurden durch ein falsches politisches und wirtschaftliches System.

Bisher haben die Länder ja nur „Entwicklungshilfe“ in Form von Waffenlieferungen und des Aufbaus der Staatssicherheit geleistet. Doch jetzt besteht die Chance, daß auch diese Länder langfristig hilfsfähig werden.

Das sind nur einige Beispiele. Es gibt eine Fülle von anderen Beispielen im Bereich des Sports, der Kultur, für die Chancen, die sehr schnell auch für unsere Mitbürger im Zuge der deutschen Einheit deutlich werden.

Chancendiskussion führen

Gegen die Angstkampagne der Sozialdemokraten müssen wir jetzt stärker eine Kampagne der Argumente setzen: Die deutsche Einheit ist ganz entscheidend auch eine Frage des Herzens — ich habe das angesprochen —, aber sie ist auch eine Frage der Vernunft, wie diese Beispiele zeigen.

Gegen die Risikodiskussion der SPD müssen wir die Chancendiskussion set-

zen: Die deutsche Einheit, das ist ja nicht die Restauration des Nationalstaats, sondern in Wirklichkeit ist das das beste Zukunftsprogramm für Deutschland und für Europa — und das müssen wir unseren Mitbürgern klarmachen.

Nie war der Zeitpunkt günstiger, sich zu engagieren und mitzuarbeiten am Aufbau eines Europas der Demokratie, der Menschenrechte, der Umweltpartnerschaft, der kulturellen Vielfalt, an einem Europa, in dem Wohlstand und soziale Gerechtigkeit verwirklicht werden.

Die Herausforderung annehmen

Liebe Freunde, als wir vor gut einem halben Jahr in diesem Kreis — und er hat sich ja zum Glück ergänzt — auseinandergingen, da wußte jeder von uns, daß Entscheidendes auf uns zukommen würde.

Aber keiner konnte wohl ahnen, daß das Rad der Geschichte sich in diesem Tempo drehen würde.

Es macht keinen Sinn, die Geschwindigkeit der Entwicklung zu beklagen. Worauf es ankommt, ist, die Herausforderungen, die sich uns stellen, anzunehmen und sie aktiv zu gestalten und zu beweisen, daß wir das schaffen können, denn wenn wir Deutschen es in dieser Situation nicht schaffen, dann wäre das das Ende aller Hoffnungen für die Polen, für die Ungarn und die Tschechoslowaken auf ihrem Weg zur Demokratie und zur Sozialen Marktwirtschaft. Das ist die europäische Verantwortung, die sich mit der deutschen Frage verbindet, und ich fordere Sie alle auf: Lassen Sie uns dieser deutschen und europäischen Verantwortung gerecht werden.

Volker Rühle:

Eine klare und deutliche Absage an die SED/PDS ist notwendig

Generalsekretär Volker Rühle zu den Berichten über angebliche Kontakte zwischen Teilen der SPD und der SED-Nachfolgepartei PDS:

Offenbar ist die Versuchung für Mitglieder des linken SPD-Flügels groß, die alten Kontakte zur SED bei deren Nachfolgepartei PDS wieder aufleben zu lassen. Mit Blick auf die gesamtdeutschen Wahlen versucht PDS-Chef Gysi, Bündnispartner in der SPD zu finden.

Jetzt ist eine klare und deutliche Absage der SPD-Führung und des SPD-Vorsitzenden Vogel an die SED/PDS notwendig.

Fehler nicht wiederholen

Die SPD sollte ihren großen historischen Fehler der Zusammenarbeit mit der SED nicht wiederholen. Die SED-Nachfolgepartei PDS trägt die Verantwortung für vierzigjährige Unterdrückung der Menschen in der DDR.

In einem vereinten demokratischen Deutschland müssen sich alle demokratischen Parteien eindeutig von der PDS abgrenzen. Deshalb sollte Vogel die Gerüchte um angebliche Kontakte zwischen SPD-Mitgliedern und der PDS so schnell wie möglich ausräumen.

Alfred Dregger:

Bei allen Entscheidungen hat die SPD den falschen Kurs gesteuert

Der Staatsvertrag mit der DDR ist der entscheidende Schritt im deutschen Einigungsprozeß. Die Vereinigung der beiden Staaten in Deutschland ist zugleich der wichtigste Beitrag zur Überwindung der Teilung Europas. Der Vertrag wurde geschlossen „mit dem Ziel, in Freiheit die Einheit Deutschlands in einer europäischen Friedensordnung alsbald zu vollenden“. Das entspricht dem Auftrag unseres Grundgesetzes.

Wir, die Union, haben uns als deutsche Patrioten und als Europäer diesem Auftrag von Anfang an verpflichtet gewußt und haben danach gehandelt. Wir waren uns dabei immer klar darüber, daß zur Gewinnung der Einheit Deutschlands auch die Zustimmung der Sowjetunion und unserer östlichen Nachbarn erforderlich ist.

Anders als die SPD waren wir aber nie bereit, uns mit der Zweistaatlichkeit abzufinden.

Zur Haltung der SPD

Bei allen Entscheidungen, die zunächst die Bundesrepublik Deutschland zu einem blühenden Land gemacht und nun die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten ermöglicht haben, hat die SPD den falschen Kurs gesteuert. Sie war vor allem gegen die Westbindung und gegen die Soziale Marktwirtschaft. Die SPD hat 10 Jahre gebraucht, um in diesen beiden zentralen Fragen deutscher und

europäischer Politik unseren Kurs zu übernehmen.

Jetzt reifen die Früchte, die die friedliche Revolution in der DDR und in den Staaten Ostmitteleuropas möglich gemacht haben. Und wieder versagt die SPD; das Lafontaine-Trauerspiel ist das jüngste Beispiel.

Der sogenannten „Enkel-Generation“ paßt die ganze Richtung nicht. Als die Mauer fiel, als der Bankrott des SED-Regimes offenkundig war, wollten die

Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Alfred Dregger

Enkel, insbesondere der Oberenkel Lafontaine, gegen den Willen unserer Landsleute in der DDR an der Zweistaatlichkeit festhalten. Jetzt scheinen auch die SPD-„Enkel“ bereit, den deutschen Dampfer zu besteigen. Aber auch das geschieht mit Vorbehalten. Der Bremser von der Saar ist der Erfinder des doppelten Opportunismus: Gehts schief, dann freut er sich, weil er die Vaterlandsliebe der Deutschen in Ost und West dann wieder als „Deuschtümelei“ denunzieren kann. Gehts gut, dann war ja auch er nicht dagegen.

All das hat uns nicht gehindert, der SPD Brücken zu bauen, damit sie dem Staatsvertrag zustimmen konnte, ohne sich bei Oskar Lafon-

taine entschuldigen zu müssen. Der Vertrag ist gut. Die SPD hat das von Anfang an gewußt. Das Theater der letzten 14 Tage, das sie inszenierte, um ihren Schwenk zu erklären, sollte sie so schnell wie möglich vergessen, damit auch wir dazu in der Lage sind.

Nationaler Konsens in dieser Frage unserer nationalen Existenz ist wichtig, denn es ist ja das größte, das friedlichste und kühnste Werk der modernen Geschichte, das wir zur Zeit betreiben.

Zur Bündnisfrage eines vereinigten Deutschland

Die Westbindung, d. h. die westliche Sicherheitsallianz und die Europäische Gemeinschaft, machten die Bundesrepublik Deutschland zum Glied einer Völkergemeinschaft, für die Freiheit, Demokratie und Menschenrechte wesensbestimmend sind. Sie gaben uns Halt gegenüber allen Pressionen der Stalin- und Brezhnev-Ära.

An dieser Westbindung halten wir auch nach der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands fest. Wenn 16 Millionen Deutsche aus dem Machtbereich des Warschauer Paktes ausscheiden, dann besteht nicht der geringste Anlaß, daß deshalb 58 Millionen Deutsche aus der Sicherheitsgemeinschaft der freien Völker des Westens ausscheiden. Alle unsere Nachbarn wollen die NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland — auch Polen, die CSFR und Ungarn. Die Sowjetunion sollte sich dem nicht entgegenstemmen; dazu besteht weder Anlaß, noch wäre es aussichtsreich. Selbst eine Weltmacht wie die Sowjetunion könnte nicht allein und gegen den

Willen der Betroffenen eine solche Entscheidung herbeiführen.

Die Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland in der NATO ist keine Gefahr für die Sowjetunion. Anders als der Warschauer Pakt, dessen Truppen zuletzt in der CSSR interveniert haben, war und ist die NATO eine rein defensive Allianz.

Im übrigen ist die Sowjetunion nukleare Weltmacht und wird es bleiben. Sie ist die einzige Großmacht in Europa. Sie allein kann sich auch ohne Bündnis und ohne Glacis selbst behaupten. Alle anderen Staaten Europas sind heute nur noch Kleinstaaten oder Mittelmächte, die auf das Bündnis und auf Deutschland angewiesen sind. Denn ohne Deutschland würde das Bündnis seinen geographischen Zusammenhang verlieren.

Die KSZE kann die NATO nicht ersetzen. Aber sie kann die Sicherheitssysteme in Ost und West überwölben und einen angemessenen Einfluß der Sowjetunion auf die europäischen Dinge gewährleisten. Die diesbezüglichen konstruktiven Vorschläge, die Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Genscher vortragen haben, möchte ich mit Nachdruck unterstützen. Denn: Unsere Entscheidung für den Westen und seine Sicherheitsallianz bedeutet nicht, daß wir die Sowjetunion aus den europäischen Angelegenheiten heraushalten möchten.

Zur polnischen Westgrenze

Der Deutsche Bundestag und die Volkammer der DDR wollen in dieser Woche eine gleichlautende Erklärung zur polnischen Westgrenze abgeben. Diese Erklärung ist notwendig, da — wie Bundeskanzler Kohl am Wochenende eindringlich dargelegt hat — ohne eine sol-

che Erklärung die Vereinigung Deutschlands auf dem Spiel stehen würde. Das kann niemand wollen.

Es ist gut, daß unser Entschließungsentwurf in gleicher Weise an das schreckliche Leid erinnert, das dem polnischen Volk durch von Deutschen verübte Verbrechen zugefügt wurde, wie auch an das große Unrecht, unter dem Deutsche durch die Vertreibung zu leiden hatten. Wenn wir die Oder-Neiße-Grenze anerkennen, dann bedeutet das keine Anerkennung der Vertreibung. Das sollte auch niemand von uns verlangen. Es würde die deutsch-polnischen Beziehungen auf unabsehbare Zeit vergiften.

Der Vertrag, den ein vereintes Deutschland mit Polen über den Verlauf der polnischen Westgrenze, d. h. über den Verlauf der deutschen Ostgrenze abschließen wird, kann sich nicht auf die Beschreibung des Grenzverlaufs beschränken. Es geht darum, dieser Grenze einen europäischen Charakter zu

geben. Es wäre ein Widersinn, wenn wir in Westeuropa den alten Grenzen jede trennende Wirkung nehmen und gleichzeitig zwischen Deutschland und Polen eine neue Teilungsgrenze errichten würden.

Das polnische Volk, mit dem wir Aussöhnung wollen, weil wir nur so gemeinsam eine gute Zukunft haben können, sollte im Geiste des neuen Europas mit uns zusammen diese Grenze zu einer Grenze der Versöhnung und des Ausgleichs machen. Dazu gehören Freizügigkeit, Niederlassungsfreiheit auf beiden Seiten. Dazu gehört die Einräumung des Heimatrechts für diejenigen, die aus ihrer Heimat vertrieben worden sind.

Polen würde damit nur etwas einräumen, was bei seinem Eintritt in die Europäische Gemeinschaft ohnehin gelten würde. Aber es wäre gut, wenn Polen eine solche Regelung auch unabhängig von der EG um seiner zukünftigen Beziehungen zu Deutschland willen beschließen würde.

Gesamtdeutsche Mittelstandsvereinigung

Den Zusammenschluß der CDU-Mittelstandsvereinigung der DDR mit der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU in der Bundesrepublik haben die Vorstände beider Organisationen anlässlich einer Sitzung auf Schloß Burgscheidungen in der DDR beschlossen.

Die Mittelstandsvereinigung der CDU der DDR war die erste Vereinigung, die sich innerhalb der CDU der DDR konstituiert hatte. Ihre Gründung hatte ebenso wie den Prozeß des Zusammenwachsens beider

Vereinigungen der Bundesvorsitzende der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, Elmar Pieroth, entscheidend gefördert. Auf dem Weg zur deutschen Einheit sind die beiden Mittelstandsvereinigungen der geplanten Vereinigung der CDU-Parteiorganisationen noch einen Schritt voraus. Die satzungstechnischen Voraussetzungen können nach dem Grundsatzbeschluß der MIT-Vorstände schnell und unkompliziert hergestellt werden, um eine einzige Mittelstandsvereinigung für Gesamtdeutschland zu schaffen.

„In einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland“

Das deutsche Volk hat nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs und trotz der mitten durch Deutschland erfolgten Trennung unseres Kontinents seinen Willen zur Einheit nie verloren. Gestern vor 37 Jahren wurde der Volksaufstand für Freiheit und Einheit in der DDR blutig niedergeschlagen. Im Herbst vergangenen Jahres haben die Menschen in der DDR mit ihrer friedlichen Revolution die Ketten des Unrechtsregimes gesprengt. Bei der Wahl zur Volkskammer vor genau drei Monaten haben sie ihren Willen zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat und zur deutschen Einheit erstmals frei bekunden und in die Tat umsetzen können.

„In einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland.“ Diese Vision Konrad Adenauers ist das Programm der CDU für Deutschland. Es wird jetzt unter der Führung von Helmut Kohl und Lothar de Maizière durch die Deutschen in beiden Teilen Deutschlands verwirklicht.

● Der Staatsvertrag ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur deutschen Einheit

Wir werden als ein Volk unsere Zukunft in einem freiheitlichen und demokratischen Staat gestalten. Für die Menschen in Deutschland wird mit der Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in wichtigen Bereichen ihres täglichen Lebens die Einheit erlebbare Wirklichkeit.

In nationaler Solidarität, mit Mut und Zuversicht werden wir es schaffen, die

Einheit unseres Vaterlandes zu vollenden. Wir sind uns bewußt, daß der Weg schwierig sein wird. Aber das Ziel lohnt die Anstrengung.

Die Verwirklichung der Einheit und die Erneuerung der Wirtschaft in der DDR ist eine große Aufgabe aller Deutschen. Dafür müssen wir gemeinsam unseren Beitrag leisten. Wir wollen die Einheit in einem fruchtbaren Miteinander und nicht in einem neidischen Gegeneinander.

Unsere gemeinsame Zukunft begann mit der Öffnung der Mauer. Der Staatsvertrag ist ein entscheidender Schritt auf

Deutschlandpolitische Resolution des Bundesausschusses der CDU vom 18. Juni 1990

dem Weg zur deutschen Einheit. Von den Deutschen in der DDR wird eine große politische, kulturelle und wirtschaftliche Leistung gefordert. Unser solidarischer Beitrag muß dieser Leistung entsprechen. Acht Jahre beispiellosen wirtschaftlichen Wachstums haben die besten Voraussetzungen für diese Hilfe zur Selbsthilfe für unsere Landsleute in der DDR geschaffen.

● Wir wollen die staatliche Einheit so bald wie möglich

Unser Ziel ist, die Einheit Deutschlands bald auf der Grundlage des Art. 23 GG und durch gesamtdeutsche Wahlen zu vollenden. Wir halten an unserem bewährten Grundgesetz fest, der freiheitlichsten Verfassung, die es je auf deut-

schem Boden gegeben hat. Sie verbürgt den Deutschen im anderen Teil Deutschlands eine gerechte und stabile Rechts-, Wirtschafts- und Sozialordnung. In einer Zeit des Wandels garantiert sie Stabilität und Kontinuität. Gemeinsam wollen wir nach der Vollendung der Einheit diese bewährte Verfassung weiterentwickeln.

● **Wir wollen die Vereinigten Staaten von Europa**

Deutschland ist unser Vaterland, Europa ist unsere Zukunft. Nicht nur für uns Deutsche, auch für unsere europäischen Nachbarn und Freunde wird die Einheit Deutschlands ein Gewinn sein — in menschlicher, politischer und ökonomischer Hinsicht. Die Vereinigung Deutschlands gibt der europäischen Einigung einen kräftigen Impuls. Wie bisher die Bundesrepublik Deutschland wird auch das geeinte Deutschland gemeinsam mit Frankreich Motor der europäischen Integration sein.

Die CDU als die große Europapartei hält fest am Ziel der Vereinigten Staaten von Europa. Bis Ende 1992 werden wir den gemeinsamen Binnenmarkt vollenden. Wir wollen über die Wirtschafts- und Währungsunion hinaus auch die Grundlagen für die Politische Union Europas schaffen.

Die Europäische Gemeinschaft muß als Kern einer europäischen Friedensordnung offen sein für Länder wie Österreich, Schweiz, Schweden, Norwegen und Finnland. Wir unterstützen das Ziel des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Václav Havel, daß die Tschechoslowakei, Ungarn und Polen „nach Europa zurückkehren“. Die Vereinigten Staaten von Europa dürfen die Polen, die Tschechen und Slowaken oder die Ungarn ebenso wenig ausschließen wie andere Europäer, die zu diesem Bund stoßen wollen.

Es ist unser gemeinsames Interesse, daß in Mittel-, Ost- und Südosteuropa wieder blühende Landschaften entstehen und daß Freiheit, Demokratie und Menschenrechte auch dort für immer zu Hause sind. Das geeinte Deutschland soll die verbindende Mitte zwischen Ost und West werden.

● **Wir wollen Frieden sichern mit weniger Waffen**

Von dem geeinten Deutschland soll Frieden ausgehen. Wir setzen uns daher nachdrücklich für eine konsequente Fortsetzung des Abrüstungsprozesses, für eine drastische Reduzierung bei den konventionellen und nuklearen Waffen und für die weltweite Beseitigung der chemischen Waffen ein. Ziel unserer Abrüstungspolitik ist ein stabiles Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau.

Wir wollen keinen deutschen Sonderweg. Die CDU lehnt jede Form der Neutralisierung oder Demilitarisierung, der Bündnis- oder Blockfreiheit Deutschlands ab. Die Mitgliedschaft des geeinten Deutschlands in der NATO liegt im Interesse Deutschlands und der europäischen Stabilität. Und die deutsch-amerikanische Freundschaft ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß in Europa Frieden und Sicherheit bewahrt bleiben.

Die Allianz von morgen mit einem vereinten Deutschland wird eine andere sein, als wir sie heute kennen. Wir treten dafür ein, daß im Bündnis die militärische Komponente zunehmend an Gewicht verliert und die schon immer bestehende politische Rolle der NATO mehr und mehr in den Vordergrund tritt.

Auch das geeinte Deutschland wird auf Besitz, Herstellung und Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen verzichten und Mitglied des Nichtweiterverbreitungsvertrages

bleiben. Und das geeinte Deutschland soll auf der Grundlage erfolgreicher Abrüstungsverhandlungen mit weniger Soldaten und einer kürzeren Wehrdienstzeit auskommen. Auf dem Gebiet der heutigen DDR sollen keine Einrichtungen und Einheiten der Allianz stationiert werden.

● Wir streben eine gesamteuropäische Friedensordnung an

Der KSZE-Prozeß bildet den Rahmen für den Aufbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung, die allen Staaten gleiche Sicherheit gewährt und die durch Zusammenarbeit und Vertrauen gekennzeichnet wird.

Wir wollen dem KSZE-Prozeß auch organisatorisch Stabilität und Dauerhaftigkeit verleihen. Regelmäßige Gipfeltreffen der 35 KSZE-Staaten und Begegnungen ihrer Außen- und Verteidigungsminister, ein Ständiger Rat, ein Zentrum zur Überprüfung von Rüstungskontrollabkommen und ein europäisches Konfliktverhütungszentrum sind wichtige Bausteine einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur.

● Wir wollen dauerhafte Aussöhnung und Freundschaft mit Polen

Mit unseren polnischen Nachbarn suchen wir Frieden und Ausgleich; durch Wahrhaftigkeit und Offenheit wollen wir zu einem Verhältnis der guten Nachbarschaft und der Freundschaft kommen. Hierfür bietet die deutsch-polnische Erklärung, die am 14. November 1989 von Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Mazowiecki unterzeichnet wurde, eine gute Grundlage.

Wir bekräftigen, daß wir das Recht des polnischen Volkes, in gesicherten Gren-

zen zu leben, weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage stellen und daß die bestehende Grenze unverletzlich ist. Gemeinsam mit der CDU in der DDR setzen wir uns für gleichlautende Erklärungen der beiden freigewählten deutschen Parlamente und Regierungen ein, in denen dies noch einmal bekundet wird. Erst eine gesamtdeutsche Regierung kann und wird eine für die Zukunft verbindliche vertragliche Unterschrift leisten.

Wir wissen, daß die endgültige Festlegung der deutschen Ostgrenze besonders diejenigen Deutschen schmerzt, die durch Krieg und das Unrecht der Vertreibung ihre Heimat jenseits von Oder und Neiße verloren haben. Wir haben Respekt vor ihnen und ihren Gefühlen und erbitten gleichzeitig ihren unverzichtbaren Beitrag zum Ausgleich zwischen Deutschen und Polen und als Mittler zwischen ihren Kulturen und Völkern. Nur so werden wir ein Europa gewinnen, in dem die Grenzen mehr und mehr ihren trennenden Charakter verlieren und das in seiner Gesamtheit wieder zu einer kulturellen, ökonomischen und politischen Einheit zurückfindet. Auch die deutsch-polnische Grenze soll einen neuen und zukunftsweisenden Charakter erhalten — nicht den der Trennung, sondern den der offenen Wege und der Begegnung in Freiheit.

● Wir unterstützen die Umgestaltung in der Sowjetunion

Der positiven Entwicklung des Verhältnisses zur Sowjetunion kommt zentrale Bedeutung bei der Gestaltung des neuen Europa zu. Auch für das geeinte Deutschland streben wir auf der Grundlage der gemeinsamen deutsch-sowjetischen Erklärung vom 11. Juni 1989 ein Verhältnis guter und verlässlicher Nachbarschaft

an, das an die guten Traditionen der gemeinsamen jahrhundertelangen Geschichte anknüpft.

Die Sowjetunion ist integraler Bestandteil der gesamteuropäischen Friedensordnung. Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft müssen die Sowjetunion auf ihrem schwierigen Weg der demokratischen Umgestaltung umfassend wirtschaftlich und politisch unterstützen.

● Wir wollen den Frieden in Europa gestalten

Nach über 40 Jahren der Trennung durch den kalten Krieg, durch Mauer und Stacheldraht geben uns die Veränderungen in Deutschland und Europa die Chance, über die Friedenserhaltung hinaus zur Politik der gemeinsamen Friedensgestaltung zu gelangen. Die deutsche und europäische Einigung macht den Weg frei für ein Europa der Achtung füreinander, des

gegenseitigen Vertrauens und der Zusammenarbeit.

Sie macht den Weg frei für eine Umweltgemeinschaft, die in ganz Europa Grenzen überwindet. Nur gemeinsam werden wir der Verantwortung gerecht für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Der Abbau des Ost-West-Konfliktes setzt Mittel frei, die wir für den globalen Umweltschutz und die Bekämpfung von Hunger und Elend in der Dritten Welt nutzen wollen.

Wir rufen die Bürger — vor allem die jungen Menschen — auf, sich jetzt zu engagieren und mitzuarbeiten am Aufbau eines Europa der Demokratie und Menschenrechte, der Umweltpartnerschaft und der kulturellen Vielfalt, an einem Europa, in dem Wohlstand und soziale Gerechtigkeit verwirklicht werden können. Freiheitsliebe und Unternehmungsgeist, Kreativität und Phantasie erhalten neue Chancen. ■

An einem Strang

Der Kleine CDU-Parteitag in Bonn, an dem zum ersten und wohl auch zum letzten Mal Präsidiumsmitglieder der DDR-Schwesterpartei als „Gäste“ teilnahmen, hat große Weichen für die künftige gemeinsame Parteiarbeit gestellt: Christdemokraten hüben und drüben haben ihre Fahrpläne auf das Tempo des Zuges zur Einheit abgestimmt und gemeinsame Kommissionen zur Vorbereitung des Parteizusammenschlusses Anfang Oktober in Hamburg gebildet. Denn es zeichnet sich ab, daß gesamtdeutsche Wahlen und der Beitritt der DDR — rascher als von vielen führenden Politikern erwartet — noch in diesem Jahr stattfinden könnten.

„1990 wird das Jahr der deutschen Ein-

heit“, lautete die Botschaft Kohls an die Delegierten. Darin schwingt nicht nur Selbstbewußtsein und Frohlocken, sondern auch die Gewißheit: Wenn wir jetzt nicht handeln, werden andere handeln. Schnelle gemeinsame Anstrengungen sind geboten, damit die historische Chance nicht ungenutzt verstreicht. Der Kanzler weiß nur zu gut, daß sich die Deutschen in Ost und West nicht die Fäden aus der Hand nehmen lassen dürfen. Sie zu verwirren, wäre ebenso fatal. Nach der Sitzung des CDU-Bundesausschusses, des höchsten Gremiums zwischen den Parteitagern, aber scheint klar, daß die CDU in West und Ost nun gemeinsam an einem Strang ziehen und klare programmatische Eckpunkte für den gemeinsamen Wahlkampf entwickeln will.

Rheinische Post

Gemeinsame Kommission soll Familienpolitik behandeln

Der Bundesausschuß hat am 18. Juni 1990 folgenden Beschluß gefaßt:

Die CDU stellt die Familie in den Mittelpunkt ihrer Gesellschaftspolitik, weil die Familie als Lebens- und Erziehungsgemeinschaft der erste und wichtigste Ort persönlicher Geborgenheit und Sinnvermittlung ist.

Politik für die Familie ist Politik für die Zukunft unseres Landes. Wenn immer weniger Kinder geboren werden und immer weniger Kinder in Familien zu lebensstüchtigen und verantwortungsbewußten Bürgern unserer Gesellschaft heranwachsen, dann hat unser Land keine gute Zukunft mehr.

Unsere Politik für die Familie muß die oft schwierige Situation der alleinerziehenden Mütter und Väter verstärkt berücksichtigen. Wir wollen eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft, in der es eine Selbstverständlichkeit ist, mit Kindern zu leben. Durch die Erhöhung des Kindergeldes, durch Erziehungsurlaub, Erziehungsgeld, Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht sowie die Stiftung „Mutter und Kind“ hat die

CDU entscheidende Verbesserungen für Familien erreicht. Diese familienfreundliche Politik muß fortgesetzt werden. In Deutschland soll der Wunsch nach Kindern verwirklicht werden können, ohne daß langfristige und gravierende Nachteile in Kauf genommen werden müssen.

Die CDU will den Prozeß der deutschen Einigung so gestalten, daß insbesondere auch Mütter und Väter sowie deren Kinder einer guten Zukunft entgegensehen können. Ein geeintes Deutschland soll ein kinder- und familienfreundliches Land sein, in dem Männern und Frauen in der Arbeitswelt, in der Familie und im gesellschaftlichen Leben die gleichen Möglichkeiten zur Gestaltung ihres Lebens offenstehen, auch dann, wenn sie sich für Kinder entscheiden.

Der Bundesausschuß beauftragt den Bundesvorstand, eine gemeinsame Kommission der CDU-Parteien in den beiden Staaten in Deutschland anzustreben, in der Fragen der Familienpolitik, der Frauenpolitik sowie des umfassenden Schutzes ungeborener Kinder in einem künftig geeinten Deutschland behandelt werden sollen.

Gemeinsamer Parteitag in Hamburg

Beschluß des Bundesausschusses am 18. Juni 1990:

Der Bundesausschuß beauftragt den Bundesvorstand, in Gesprächen mit dem Parteipräsidium der CDU in der

DDR die erforderlichen satzungsmäßigen Voraussetzungen zu schaffen, daß am 1./2. Oktober 1990 in Hamburg ein gemeinsamer Parteitag der CDU Deutschlands und der CDU in der DDR stattfinden kann.

Alfred Dregger:

Die Chronologie einer Niederlage

Zu den Auseinandersetzungen in der SPD über den Staatsvertrag mit der DDR erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger:

Der SPD-Kandidat Lafontaine hat in den vergangenen Wochen versucht, die westdeutsche SPD zur Ablehnung des Staatsvertrages mit der DDR zu zwingen. Sein Zwangsmittel war die Drohung, die Kanzlerkandidatur niederzulegen, falls die SPD seinem Konfrontationskurs gegen die Bundesregierung, die DDR-Regierung und die Deutsche Einheit nicht zu folgen bereit sei.

Auf dem Schlachtfeld des sozialdemokratischen Machtgerangels bleiben vier Verlierer zurück:

● Die West-SPD:

Sie tritt zu den nächsten Wahlen mit einem Kandidaten an, von dem nun jedermann weiß, daß ihm Parteitaktik wichtiger ist als verantwortungsvolles Handeln. Sie tritt mit einem Kandidaten an, der nicht weiß, ob er überhaupt Kandidat sein will. Die SPD hat sich von ihrem Kandidaten in eine bedauernswerte Lage hineinmanövrieren lassen.

● Der Kandidat Lafontaine:

Sein Versuch, den Staatsvertrag zu verhindern, ist gescheitert. Obwohl er damit gedroht hatte, seine Kandidatur in diesem Fall niederzulegen, hat er jetzt nicht das Rückgrat, die Würde und den Anstand dazu. Jetzt steht endgültig fest: Der SPD-Kandidat Lafontaine ist ein Papiertiger-Kandidat.

● Der Vorsitzende Vogel:

Er hat zu lange zwischen allen Strömungen in der SPD laviert und wurde in seiner Führungsfähigkeit für eine gesamtdeutsche SPD von eigenen Spitzen-Genossen in Frage gestellt. Damit wurde deutlich: Der SPD-Vorsitzende Vogel ist ein Vorsitzender auf Abruf.

● Die DDR-SPD:

Sie hat den Staatsvertrag gewollt, mit ausgearbeitet und unterschrieben. Wochenlang hat sie mit ansehen müssen, wie ihr Arbeitsergebnis von ihrer Schwesterpartei in der Bundesrepublik schlecht gemacht wurde. Indirekt hat die West-SPD der DDR-SPD damit vorgehalten, schlecht verhandelt zu haben. Die West-SPD und Lafontaine tragen maßgeblich die Verantwortung für die desolatte Lage, in der sich die Ost-SPD jetzt befindet.

... und so verlief die Auseinandersetzung in der SPD:

**Freitag, 11. Mai und
Mittwoch, 16. Mai 1990**

In den Sitzungen des Ausschusses Deutsche Einheit am 11. und 16. Mai 1990 erklärt die Bundesregierung, daß

- Maßnahmen im Hinblick auf Anpassungsprobleme der DDR-Wirtschaft überlegt würden (z. B. Neuaufgabe des bereits ausgeschöpften ERP-Programms);
- bezüglich einer Umweltunion in der DDR vorhandene Anlagen saniert werden müßten entsprechend einem Fristenplan, der in einem von der DDR zu erlas-

senden Umweltleitsatzegesetz enthalten sein würde;

● hinsichtlich der Vermeidung von Spekulationsgewinnen und Maßnahmen betreffend Stasi-Vermögen, Blockpartei- vermögen und ähnlichem geprüft werde, das Entscheidende aber in der DDR umgesetzt werden müsse.

Montag, 14. Mai 1990

Im Präsidium der SPD wird der Staatsvertrag mit der DDR diskutiert. SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs berichtet in ihrer Tagebucheintragung zum 14. Mai (vgl. Vorwärts, Juni 1990) über das Diskussionsergebnis:

„Aber wir denken, jetzt ist der Staatsvertrag ein faires Angebot an die DDR.“

Mittwoch, 16. Mai 1990

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende und Sozialexperte, Rudolf Dressler, erklärt zum Staatsvertrag:

„Nach meiner Überzeugung wurde mehr herausgeholt, als je erwartet wurde.“ (Spiegel, 21. Mai 1990)

Freitag, 18. Mai 1990

Der Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR wird von Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel und DDR-Finanzminister Walter Romberg (SPD) unterzeichnet.

Samstag, 19. Mai 1990

H.-J. Vogel und J. Rau besuchen Lafontaine in Saarbrücken zu einem längeren Gespräch. Bei dieser Krisensitzung verlangt er ultimativ, die SPD dürfe nicht die politische Mitverantwortung für die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion übernehmen und verbindet damit die Drohung des Rücktritts von der Kanzlerkandidatur.

Gerhard Schröder deckt auf, daß es Lafontaine mit der Ablehnung des Staatsvertrages nicht um Verbesserungen oder Inhalte, sondern um Taktik geht:

„Es geht nicht um Nachbesserung, sondern um das Verhalten der SPD insgesamt.“ (taz, 21. Mai 1990) „Wer hier glaubt, sich Kohls Politik anpassen zu müssen, liegt falsch, schadet der SPD und ihrem Kandidaten.“ (Spiegel, 21. Mai 1990)

Sonntag, 20. Mai 1990

Die Regierungschefs der SPD-geführten Länder, darunter auch der designierte niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder, treffen sich zu einer Sondersitzung in Bonn.

Montag, 21. Mai 1990

Um einen Rücktritt Lafontaines zu verhindern, erklärt der SPD-Parteivorstand, er könne dem Staatsvertrag in der jetzt vorliegenden Fassung nicht zustimmen. Um gegenüber Lafontaine den Eindruck zu erwecken, die Zustimmung zum Staatsvertrag an die Erfüllung von Nachbesserungsforderungen zu knüpfen, beschließt der Vorstand genau jene Forderungen, die den von der Bundesregierung in den beiden Sitzungen des Ausschusses Deutsche Einheit am 11. und 16. Mai angekündigten Maßnahmen entsprechen.

21. Mai bis 28. Mai 1990

Führende Sozialdemokraten warnen vor einer Ablehnung des Staatsvertrages:

„Es war auch (seit Januar) klar, daß ohne die Einführung, die absehbare Einführung der West-Mark in der DDR der Übersiedlungsstrom nicht hätte gestoppt werden können. Insofern war das Ja zur Währungsunion — zwar nicht der wirtschaftspolitisch und sozial-

politisch optimale Weg — aber der von den Realitäten her einzig gangbare. Ein Nein zur Währungsunion hätte weiterhin einen gefährvollen Prozeß des Abwartens und des Unterlassens von Investitionen und Aktivitäten zur Folge gehabt.“ (Wolfgang Roth, stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, im Deutschen Bundestag am 23. 5. 1990)

„Wenn diese Diskussion nicht sehr schnell mit einem positiven Votum für den Staatsvertrag beendet wird, ist die SPD dabei, den historischen Fehler von 1949, die Soziale Marktwirtschaft abzulehnen, zu wiederholen. ... Ich möchte vorsorglich schon darauf aufmerksam machen, daß ich dem Staatsvertrag zustimmen werde. ... Wenn wir mit dem bis jetzt öffentlich bekannten Meinungsstand in die Plenardebatte gehen, sehen wir erstens nicht gut aus und fallen zweitens den eigenen Ministerpräsidenten in den Rücken.“ (Der frühere SPD-Minister Ehrenberg, in einem Brief an H.-J. Vogel, FAZ, 23. 5. 1990)

„Da ist jemand großenwahnsinnig geworden!“ (Erhard Eppler zu Lafontaines Verhalten zum Staatsvertrag, Berliner Morgenpost, 22. 5. 1990)

„Die Menschen in der DDR sind bereit, den Sprung in die neue Zeit zu wagen. Zur Umstellung der Währung gibt es keine Alternative. In Berlin ist die D-Mark schon jetzt de facto Zweitwährung geworden.“ (Walter Momper im Deutschen Bundestag, FAZ, 25. 5. 1990) Für Momper ist der Staatsvertragsentwurf „eine tragfähige Grundlage“, in der „soziale Nachbesserungen“ bereits erreicht seien. (vgl. Welt, 23./24. 5. 1990)

„Eine Ablehnung des Vertrages oder Verzögerung des parlamentarischen

Zustimmungsverfahrens ist nicht das Ziel der SPD. ... Folge einer solchen Ablehnung wäre auch, daß die deutsche Einheit noch teurer wird, denn jeder verlorene Tag verschlimmert die Lage der DDR. ... Eine Ablehnung würde innerhalb weniger Tage den Strom von Übersiedlern unkontrolliert ansteigen lassen. ... Weitere mit nicht abschätzbaren Kosten verbundene Nachbesserungen des Staatsvertrages sind nicht möglich. ... Die SPD tritt für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu einem deutschen Bundesstaat zum frühest möglichen verantwortbaren Termin ein.“ (Hans Büchler, deutschlandpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, SPD-Pressedienst, 25. 5. 1990)

„Um die Zukunftserwartungen der Menschen in der DDR zu stärken und um private Investoren zu ermutigen, ist baldige Klarheit über die weitere Entwicklung zur Einheit Deutschlands außerordentlich wichtig. ... Ich rate der SPD-Bundestagsfraktion und den Ministerpräsidenten der SPD-regierten Länder dringend, dem Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der DDR zuzustimmen. Der Vertrag ist ein tragbarer Kompromiß.“ (Karl Schiller, ehemaliger Wirtschafts- und Finanzminister der SPD, Bild, 21. Mai 1990)

Auch die DDR-SPD unterstützt den Staatsvertrag:

„Wir vertreten die Interessen unserer Bevölkerung, und für die ist der Vertrag nach unserer Überzeugung ein Schritt voran in die richtige Richtung.“ (Richard Schröder, DDR-SPD-Fraktionschef, Welt am Sonntag, 20. Mai 1990)

„Wir jedenfalls sagen Ja zum Staatsvertrag.“ (Markus Meckel, amtierender DDR-SPD-Vorsitzender, Bild, 26. 5. 1990)

Montag, 28. Mai 1990

Als Lafontaine erkennt, daß er von Vogel mit scheinbaren Forderungen, die von der Bundesregierung bereits erfüllt waren, getäuscht worden ist, verschärft er den Konfrontationskurs zu Vogel. Er erklärt im Spiegel, es bestehe „keine Notwendigkeit“ für die SPD-Bundestagsfraktion, die Entscheidung für den Staatsvertrag mitzutragen. Für die SPD-Mehrheit im Bundesrat gebe es aber „Möglichkeiten, den Vertrag passieren zu lassen.“ (Spiegel, 28. Mai 1990)

Dazu Stimmen aus der SPD:

Annemarie Renger fordert Lafontaine auf, sich über die „anders denkende Mehrheit in der Bundestagsfraktion“ zu informieren und seine Einstellung zum Staatsvertrag zu ändern. (Frankfurter Rundschau, 28. 5. 1990)

„Wir verlieren unser Gesicht. So kann man nicht mit uns umgehen.“ (Klaus Wedemeyer, SPD-Bürgermeister von Bremen, Spiegel, 28. 5. 1990)

Für den SPD-Bundestagsabgeordneten Hermann Rappe steht „auch als Gewerkschaftsvorsitzender (der IG Chemie) fest: Der Vertrag muß am 2. Juli in Kraft gesetzt werden. Dafür wird es sicher eine große Mehrheit in der SPD-Fraktion geben; ...“ (Bild am Sonntag, 27. 5. 1990)

„Die Bundestagsfraktion wird in ihrer großen Mehrheit für den Staatsvertrag stimmen ...; denn es gibt gar keinen anderen Ausweg, um ein absolutes Chaos zu verhindern.“ (Willfried Penner, stellv. SPD-Fraktionsvorsitzender, Bild am Sonntag, 27. 5. 1990)

„Ob die Taktik richtig ist, im Bundestag nein und im Bundesrat ja zu sagen, darüber müssen wir noch reden.“ (Renate Schmidt, stellv. Fraktionsvorsitzende der SPD, Bild am Sonntag, 27. 5. 1990)

Freitag, 8. Juni 1990

Bei Lafontaine versammeln sich Engholm, Klimmt, Hiersemann, Wiczorek-Zeul, Schröder, Scharping, Spöri und Ehmke. Ein Beteiligter erklärt nach der Runde, die Vereinigung von West- und Ost-SPD müsse rasch beschlossen werden, „einschließlich der Wahl eines neuen Vorsitzenden“. (Süddeutsche Zeitung, 11. Juni 1990)

Samstag, 9. Juni 1990

DDR-Außenminister Meckel (SPD) appelliert an Lafontaine:

„Wir brauchen den Staatsvertrag. Deshalb die Bitte: Stimmt diesem Vertrag zu! Wir brauchen ihn, und da wir zusammen gehören, brauchen wir ihn ... gemeinsam.“ (Bild, 11. Juni 1990)

Auf dem Parteitag der DDR-SPD warnt H.-J. Vogel vor einem „unbeherrschbaren Chaos“ das die Folge eines Scheiterns des Staatsvertrages wäre (vgl. Süddeutsche Zeitung, 11. Juni 1990). Es bestehe Einigkeit, „daß der Vertrag jetzt nicht mehr scheitern“ dürfe. (Bild, 11. Juni 1990)

Horst Ehmke, ein Teilnehmer der Freitags-Sitzung bei Lafontaine, erklärt nach diesen Äußerungen Vogels, man müsse bezüglich des Zusammenwachsens der West- und Ost-SPD „die Frage aufwerfen, ob die Führung der Partei nicht in jüngere Hände übergehen“ solle. (Bild, 11. Juni 1990)

Montag, 11. Juni 1990

Das SPD-Präsidium trifft sich zu einer erneuten Krisensitzung. Es „besteht volle Einigkeit darüber, daß der Vertrag jetzt nicht mehr scheitern darf“. (Presseerklärung H.-J. Vogel, 11. Juni 1990) Dennoch erhält Lafontaine seine Kandidatur aufrecht.

So urteilt die Presse über den SPD-Kandidaten

Der falsche Mann zur falschen Zeit

»Lafontaine wäre wohl schon in normalen Zeiten der falsche Kanzlerkandidat. Heute aber sind die Zeiten nicht normal. Lafontaine ist mit einem Mal der falsche Mann zur falschen Zeit.« (Theo Sommer, Die Zeit, 1. Juni 1990)

Lafontaines Taktieren... »ist plump, stellt eine billige Erfolgs- und Schlagzeilenhascherei dar. Mehr nicht. Keinesfalls entspricht es dem Ernst der politischen Lage. Die deutsche Einheit ist kein Spielball für Taktik-Übungen eines Kanzler-Lehrlings.« (gba, Handelsblatt, 28. Mai 1990)

»Von staatsmännischer Haltung ist da keine Spur.« (Ekkehard Kohrs, General-Anzeiger, Bonn, 28. Mai 1990)

»Oskar Lafontaine wäre in dieser schicksalsträchtigen Epoche deutscher Geschichte offenbar nicht der geeignete Lenker des Staatschiffs.« (Klaus Blume, Bild am Sonntag, 27. Mai 1990)

»Die SPD macht sich gerade lächerlich.« (Rolf Schmidt-Holtz, Stern, 31. Mai 1990)

»... Damit ist wohl nun hinlänglich klar, daß es diesem zutiefst dem Provinziellen verhafteten Kandidaten an nahezu allen Voraussetzungen fehlt, das erfolgreich auszufüllen, worum er sich bewirbt.« (Klaus Heinemann, Rheinische Post, 28. Mai 1990)

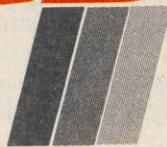
»Lafontaine taktiert kurzsichtig.« (Achim Melchers, Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 29. Mai 1990)

»Erinnern wir uns: Noch vor einem Jahr gehörte derselbe Oskar Lafontaine zu den Spitzen-Opportunisten bundesdeutscher Politik, die den engsten Umgang mit den unheilvollen SED-Bankrotteuren Erich Honecker und Egon Krenz nicht nur pflegten, sondern auch krampfhaft suchten.« (Lothar Loewe, Bild, 28. Mai 1990)

»Wir jedenfalls sagen Ja zum Staatsvertrag.« (Markus Mekel, als amtierender DDR-SPD-Vorsitzender, Bild, 26. 5. 1990)

Kommentar erübrigt sich

CDU



Die
Zukunft

Ottfried Hennig: SPD in Kiel muß wieder auf die Oppositionsbänke

Schon 1992, bei der nächsten Landtagswahl, will die CDU im nördlichsten Bundesland wieder Regierungsverantwortung übernehmen. Beim 43. Landesparteitag in Neumünster am 15./16. Juni rief der Landesvorsitzende, Parlamentarischer Staatssekretär Ottfried Hennig, die Delegierten dazu auf, entschlossen dafür zu kämpfen, daß erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine mit absoluter Mehrheit regierende SPD schon nach einer Legislaturperiode wieder auf die Oppositionsbänke geschickt wird.

Bei der Kommunalwahl habe die CDU noch ganze 1,6 Prozent hinter der SPD gelegen, nachdem die SPD 1988 die Landtagswahl mit 54,8 Prozent gegenüber 33,3 Prozent der CDU gewonnen hatte. Hennig forderte die Partei auf, das Kämpfen wieder zu lernen. Das Land Schleswig-Holstein verdiene eine bessere Regierung und einen besseren Ministerpräsidenten.

In seiner von viel Beifall unterbrochenen Rede entlarvte Hennig Ministerpräsident Engholm als einen „Verpackungskünstler“, der sich der Erfolgskontrolle für die Taten seiner Regierung entziehe. In nahezu allen Politikfeldern klafften schöne Worte und magere Taten weit auseinander. Die Zwischenbilanz nach zwei Jahren Engholm-Regierung sei desillusionierend und erschütternd. Ottfried Hennig wandte sich entschieden gegen die Ausrede der SPD, sie habe unter der Schuldenlast der früheren CDU-Regierungen zu leiden und Bonn tue zu wenig für Schleswig-Holstein. Entgegen den Befürchtungen der SPD seien die Steuer-

einnahmen Schleswig-Holsteins nach der Steuerreform der Bundesregierung ständig gestiegen. Zum Amtsantritt Engholms habe die Pro-Kopf-Verschuldung in den Gemeinden und Städten niedriger gelegen als in anderen Bundesländern. Der finanzpolitische Scherbenhaufen der Regierung Engholms sei vielmehr hausgemacht und damit ein Offenbarungseid bei sprudelnden Steuerquellen.

Auch in der Deutschlandpolitik setzte sich Hennig engagiert mit der SPD auseinander. Sie habe die deutsche Einheit nicht wirklich gewollt. Aus der SPD, die auf Baisse und wirtschaftlichen Niedergang spekuliere, sei ein Verein von egoistischen Spießern geworden, stellt Hennig fest. Der schleswig-holsteinische

Die Zwischenbilanz nach zwei Jahren Engholm ist desillusionierend: Auf nahezu allen Politikfeldern klaffen schöne Worte und magere Taten weit auseinander.

Ministerpräsident ändere seine Meinung zum Staatsvertrag wöchentlich, wobei sein Regierungssprecher erklärte, dies geschehe auf Grund eines „dringenden Wunsches“ von Lafontaine.

An die eigene Partei richtete Hennig die Aufforderung, in den Sommermonaten verstärkt auf die Menschen in Schleswig-Holstein zuzugehen und für die Ziele der CDU zu werben. Zwar sei es gelungen, den Mitglieder-Rückgang in einen leichten Aufwärtstrend umzuwandeln, aber dies genüge noch nicht.

Begeistert feierten die Parteitagsdelegier-

RCDS verurteilt Anbiederung der Jungsozialisten an die PDS

Anlässlich des Auftrittes von PDS-Chef Gregor Gysi an der Bonner Universität hat der Bundesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), Marcel Kaufmann, SPD-Vorsitzenden Vogel und SPD-Kanzlerkandidat Lafontaine aufgefordert, sich von dieser Veranstaltung öffentlich zu distanzieren.

Gysi war auf Einladung der Jungsozialisten-Hochschulgruppe in die Bonner Universität gekommen, um mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Weisskirchen über „Perspektiven linker Politik im geeinten Deutschland“ zu diskutieren.

„Machen Sie diesem unwürdigen Schauspiel ein Ende, stoppen Sie die Anbiederung der Jungsozialisten an die marxistische PDS!“, forderte der RCDS-Bundesvorsitzende.

Das Liebäugeln der SPD-Jungsoziali-

sten mit den PDS-Altsozialisten stehe in engem Zusammenhang mit der Bündnispolitik der Jungsozialisten an den Hochschulen: Jahrelang regierten SPD-Jungsozialisten in Koalitionen mit dem DKP-Studentenbund „Spartakus“ (MSB) und dem SED-finanzierten „Sozialistischen StudentInnenbund“ (SHB) in sog. „Volksfront-Bündnissen“ die Studentenvertretungen zahlreicher Hochschulen.

„Nun, mit dem Auseinanderbrechen der DKP-Studentenbünde, begeben sich die SPD-Jungsozialisten offensichtlich auf die Suche nach neuen Bündnisgenossen“, bemerkte RCDS-Bundesvorsitzender Kaufmann.

„Wer, wie Vogel und Lafontaine, dieses Treiben duldet, muß sich dem Vorwurf aussetzen, die Bündnispolitik der SPD-Nachwuchsorganisation in das eigene taktische Kalkül mit einzubeziehen.“

ten und ihre Gäste vom CDU-Landesverband Mecklenburg und Vorpommern sowie den CDU-Bundesvorsitzenden Helmut Kohl. Der Bundeskanzler begründete vor dem Parteitag die Garantie der polnischen Grenzen und machte deutlich, daß es ohne diese Garantieerklärung der beiden deutschen Parlamente keine Wiedervereinigung geben werde. Zugleich sprach sich der Bundeskanzler für einen Verbleib in der NATO aus und versicherte, daß die europäische Einigung durch die deutsche Wiedervereinigung weiter vorankäme. Gerade die CDU sei, wie nach dem zweiten Weltkrieg, in der historischen Phase deutscher Politik zum Handeln berufen.

Helmut Kohl streifte auch schleswig-holsteinische Probleme. Die SPD im nördlichsten Land habe zuletzt auf ihrem Parteitag im Oktober vergangenen Jahres gezeigt, daß sie eine andere Republik wolle. Deshalb sei es notwendig, daß die Regierungszeit Engholms möglichst schnell zu Ende gehe.

Die Delegierten des Parteitages, von Ottfried Hennig schon am Vortag eingestimmt, dankten Helmut Kohl mit lautem Beifall. Und der Landesvorsitzende überreichte dem Bundeskanzler zum Abschied eine in Schleswig-Holstein gezogene deutsche Eiche, weil Helmut Kohl in der Deutschlandpolitik wie eine Eiche unbeirrt gestanden habe. ■

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

KEINE MACHT DEN DROGEN

Wichtige Anlaufstellen für Drogengefährdete, Drogenabhängige und ihre Angehörigen sind Jugend- und Drogenberatungsstellen. Wer im Telefonbuch keine Adresse findet, kann bei folgenden Bundeszentralen nachfragen:

Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren,
Westring 2, 4700 Hamm 1, Tel.: 0 23 81/2 58 55 und 2 52 69

Bundesverband der Elternkreise drogengefährdeter und drogenabhängiger Jugendlicher,
Westring 2, 4700 Hamm 1, Tel.: 0 23 81/2 52 69

Bundeskanzler Helmut Kohl: **Kampf dem Rauschgift!**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich an die Spitze des Kampfes gegen Drogen gestellt:

"Keine Macht den Drogen", sagt der Bundeskanzler. Er hat eine Kampagne gegen Drogen gestartet. Die deutsche Fußballnationalmannschaft unterstützt ihn. Die Fußballstars wollen Vorbilder für junge Menschen sein - für ein Leben ohne Drogen.

Der Kanzler bei den Kickern:

"Wir müssen die Menschen bei uns, und ganz besonders die Jugend, für ein Leben ohne Suchtstoffe gewinnen und den Drogenkonsum gesellschaftlich ächten".



60-80000 Drogenabhängige gibt es in der Bundesrepublik Deutschland. Im vergangenen Jahr starben 1000 Menschen durch Rauschgift.

Aber Drogen sind nicht nur ein nationales Problem: Der Kampf gegen die Drogenmafia erfordert eine enge weltweite Zusammenarbeit.

Alle müssen mithelfen, um das Ziel zu erreichen: Rauschgift zu ächten, junge Menschen vor dem Drogenkonsum zu bewahren und ihnen Hoffnung und Orientierung für ein Leben in Freiheit und Verantwortung zu geben.

CDU

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UID

20/90

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.